

18. Wahlperiode



Deutscher Bundestag
Parlamentarischer Beirat für nachhaltige
Entwicklung

Wortprotokoll der 26. Sitzung

Parlamentarischer Beirat für nachhaltige Entwicklung

Berlin, den 10. Juni 2015, 18:00 Uhr
Paul-Löbe-Haus
E.700

Vorsitz: Andreas Jung, MdB

Tagesordnung - Öffentliche Anhörung

Tagesordnungspunkt 1

Seite 3

Öffentliche Anhörung zum Thema "**Post 2015-Prozess: Nachhaltige Entwicklungsziele**"



Mitglieder des Ausschusses

	Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
CDU/CSU	Bilger, Steffen Helfrich, Mark Jung, Andreas Kruse, Rüdiger Lenz, Dr. Andreas Marschall, Matern von Radomski, Kerstin Stein, Peter	Beermann, Maik Benning, Sybille Heiderich, Helmut Hirte, Christian Pätzold, Dr. Martin Pols, Eckhard Weiler, Albert Zech, Tobias
SPD	Castellucci, Dr. Lars Esken, Saskia Pflugradt, Jeannine Träger, Carsten Westphal, Bernd	Kiziltepe, Cansel Lotze, Hiltrud Pilger, Detlev Rebmann, Stefan Thews, Michael
DIE LINKE.	Leidig, Sabine Menz, Birgit	Groth, Annette Möhring, Cornelia
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Walter-Rosenheimer, Beate Wilms, Dr. Valerie	Ebner, Harald Meiwald, Peter



Einzigiger Tagesordnungspunkt

Öffentliche Anhörung zum Thema "Post 2015-Prozess: Nachhaltige Entwicklungsziele"

dazu Sachverständige:

Klaus Milke

Germanwatch e.V.

Präsentation

Ausschussdrucksache 18(23)43-2 (neu) (Anlage 1)

Alois Vedder

WWF Deutschland

Präsentation

Ausschussdrucksache 18(23)43-3 A (Anlage 2),

Ausschussdrucksache 18(23)43-3 B (Anlage 3),

Ausschussdrucksache 18(23)43-3 C (Anlage 4),

Ausschussdrucksache 18(23)43-3 D (Anlage 5),

Ausschussdrucksache 18(23)43-3 E (Anlage 6)

Dr. Eick von Ruschkowski

Naturschutzbund Deutschland e.V. (NABU)

Tobias Hauschild

Oxfam Deutschland e.V.

Thilo Hoppe

Brot für die Welt, Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung e.V.

Stellungnahme

Ausschussdrucksache 18(23)43-1 (Anlage 7)

Vorsitzender: Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich darf Sie zu unserer 26. Sitzung des Parlamentarischen Beirates für nachhaltige Entwicklung herzlich begrüßen. Ich darf um Ihre geschätzte Aufmerksamkeit bitten. Ich freue mich, dass wir heute zu unserer öffentlichen Anhörung zum Thema „Post 2015-Prozess: Nachhaltige Entwicklungsziele“ Gäste begrüßen können. Und insbesondere begrüße ich unsere Sachverständigen, unsere Referenten. Das sind Klaus Milke, Vorstandsvorsitzender von Germanwatch e.V.; Alois Vedder, Politischer Leiter von WWF Deutschland; Dr. Eick von Ruschkowski, Leiter des Fachbereiches Naturschutz und Umweltpolitik des NABU; Tobias Hauschild, Experte für Entwicklungsfinanzierung bei Oxfam Deutschland e.V.; und Thilo Hoppe, Entwicklungspolitischer Beauftragter von Brot für

die Welt und früherer Kollege im Deutschen Bundestag. Ich heiße Sie alle herzlich willkommen. Wir freuen uns, dass Sie uns heute zur Diskussion zu Verfügung stehen. Ich darf auch die Gäste, die sich heute zahlreich zu unserer Sitzung angemeldet haben, sehr herzlich begrüßen. Wir freuen uns, dass Sie und auch der eine oder andere Kollege aus anderen Ausschüssen mit dabei sind.

Das Thema hat uns im Beirat schon mehrfach beschäftigt. Wir wollen hier eine sehr aktive Rolle spielen, die Bundesregierung in ihren Aktivitäten unterstützen und auch die Ergebnisse der heutigen Anhörung auswerten und in die Überlegungen, die wir schon angestellt haben, mit einbeziehen. Diese sollen dadurch angereichert werden, und wir wollen dann mindestens einen Beiratsbeschluss herbeiführen. Wir haben aber auch vor, den Bundestag insgesamt mit dieser Thematik zu befassen, weil wir glauben, dass Deutschland hier ein klares Signal senden muss, dass Deutschland hier einen starken Impuls geben muss. Deshalb meinen wir, dass eine solche Befassung, möglicherweise mit einem Beschluss des Deutschen Bundestages, hier richtig wäre. So viel vorneweg.

Dann darf ich unsere Gäste jeweils um ihren Impuls bitten, aber nicht, bevor ich noch Geburtstagsglückwünsche ausgesprochen habe. Frau Menz hatte am 16. Mai ihren Geburtstag gefeiert. Wir gratulieren sehr herzlich und wünschen alles Gute.

Wir haben hier üblicherweise ein Wortprotokoll, und da haben wir die Bitte, uns kurz mitzuteilen, falls Sie damit nicht einverstanden sind. Ansonsten würden wir das, was Sie sagen, wörtlich protokollieren. Das erleichtert uns die Auswertung und verschafft Ihren Worten eine bleibende Garantie. Als ersten darf ich Klaus Milke aufrufen. Er hat eine PowerPoint-Präsentation dabei. Die Unterlagen dazu sind versandt und auch verteilt worden. Bitte, Sie haben das Wort.

Klaus Milke (Germanwatch e.V.): Ganz herzlichen Dank. Ich muss mal schauen, ob die Technik funktioniert. Ich bin der Vorsitzende von Germanwatch. Bei uns ist das Thema „SDG, Post 2015“ Chefsache, und ich bin auch neben der Rolle als Vorsitzender von Germanwatch in dem Lenkungs-



ausschuss vom Sustainable Development Solutions Network Germany, den es seit letztem Jahr hier in Deutschland gibt und der auch versucht, lösungsorientiert zu diesen Debatten Beiträge zu entwickeln.

Meine drei Stichworte, die ich Ihnen gerne zentral vermitteln will, heißen „Vorreiter“, „Ambition“ und „Beteiligung“. Und das in diesem Jahr von Gipfeln, wie wir alle wissen. Einige haben wir gerade hinter uns, sehr viel wichtigere stehen vor uns, und in dem Kontext müssen wir diese Debatte um die SDGs auch sehen. Und der entscheidende Punkt im Vergleich zur der MDG-Debatte ist, dass alle Staaten dieser Welt gemeint sind. Das heißt eben auch: Deutschland und die EU mit ihren Mitgliedsländern. Und das heißt auch, dass wir uns selber als Entwicklungsland Deutschland - oder vielleicht auch als Fehl-Entwicklungsland Deutschland und fehlentwickelte EU - auf den Prüfstand stellen lassen müssen. Die Fragen haben wir anzugehen.

Ein wichtiger Punkt, den wir auf jeden Fall transportieren müssen, der für die Entwicklungsländer entscheidend ist, ist, dass die MDGs nicht abgeschlossen sind oder jetzt erreicht worden wären. Sondern, dass diese Bestandteil dieser SDG-Debatte und -Auseinandersetzung sind. Dass man hier in den Anstrengungen bei weitem nicht nachlässt, sondern eher noch etwas zulegt, ist sehr angemessen. Das muss gegenüber den Südländern deutlich vertreten und auch unterstützt werden. Die Debatte, die wir aber haben, muss eine andere sein als die alte Nord-Süd-Debatte. Wir haben ja dieses „Common But Differentiated Responsibilities“-Konzept im Rio-Kontext, worauf Sie sich in Ihrem Entwurf für ein eigenes Statement auch beziehen. Was uns aber Lima gelehrt hat, ist, dass wir die nationalen Umstände, die die einzelnen Länder mitbringen - heute vor allen Dingen die Schwellenländer -, ganz anders mit in Rechnung stellen werden müssen. Diese Debatte muss sich auf die SDG-Diskussion beziehen. Sie muss sich aber vor allem auf die Klimadebatte in Paris beziehen. Das müssen wir alle mit im Kopf haben, und das heißt aber auch, eine neue globale Partnerschaft zu entwickeln.

Weiter muss beachtet werden, dass es hier einen Versuch gibt, Nachhaltigkeit sehr umfassend zu

betrachten. Von den globalen Dimensionen bis hin in die nationalen, ja kommunalen Bezüge. Entwicklung und Umwelt gehören zusammen. Das ist im Grunde die Essenz dieses „Post 2015-Prozesses“. Ob man diesen in Zukunft auch noch so nennt oder dann ein besseres Wording zu entwickeln ist, steht noch nicht fest. Entscheidend ist aber auch, dass die SDG-Debatte mit den harten Themen unserer gesellschaftlichen Diskussion verknüpft wird, weil wir alle wissen, dass Umwelt in der Nische hängen bleibt oder nicht so wahr- und ernst genommen wird. Und wir wissen sehr wohl, dass es über die Energiewende hinaus auch um Mobilität, Agrar, Ernährung, Finanzmärkte, Ressourcen, Rohstoffe und natürlich die Handelsfragen gehen muss. Wenn wir das nicht schaffen und das auch nicht mit der Nachhaltigkeitsstrategie verknüpfen, dann greift es allemal zu kurz.

Wir haben eine gute Verhandlungssituation in New York. Dazu hat Deutschland durchaus beigetragen. BMZ und BMUB, die in der Verantwortung waren, haben das mit Frankreich und der Schweiz in einer Dreierkonstellation sehr gut gemacht. Wir als NGOs sagen, dass die Ergebnisse noch besser sein könnten. Aber die, die jetzt da sind, sind schon so erstaunlich gut, dass man die auf keinen Fall wieder nach unten fahren darf, auch nicht bis Ende September. Und das müssen Deutschland, die EU-Staaten - und Gott sei Dank tun das jetzt sehr viele - und auch die G7-Staaten sagen, damit diese Open Working Group-Ergebnisse mit den 17 Hauptzielen und den 169 Unterzielen die Substanz bleiben. Das ist eine dringende Anstrengung, die weiterhin aufrechterhalten werden muss.

Eines ist mir und uns klar: Es gibt ein Junktim. Wenn wir bei den SDG-Anstrengungen nicht wirklich erfolgreich sind, hat das Konsequenzen für Paris. Wenn wir aber auch in Addis Abeba zu kurz springen, hat das Konsequenzen für die SDGs und für das Klima. Diese Kontexte also zusammen zu denken, zusammen zu halten, zusammen zu verhandeln, das ist eine entscheidende Geschichte. Aber das Ganze auch mit den notwendigen Finanzen zu unterlegen, ist entscheidend. Das heißt, die alte ODA-Debatte weiter zu führen und diese glaubwürdig zu füllen, aber auch für das Klima, also Klimaschutz und Anpassung, die



notwendigen Mittel zur Verfügung zu stellen. Dafür hat es jetzt über G7 auch Signale gegeben, die durchaus positiv gewesen sind.

Nur einen Prozess voranzubringen, reicht nicht aus. Die Bundesregierung hat eine besondere Verantwortung. Der stellt sie sich, wie wir in diesen Wochen auch sehen. Aber das muss jetzt auch von G7 in Richtung G20 ins nächste Jahr hinein weitergeführt werden. China hat die Präsidentschaft der G20 im nächsten Jahr, dieses Jahr hat sie die Türkei. Da sind also Stränge, die man weiter fahren muss, die man weiter laufen muss. Und was ganz wichtig ist: Wir dürfen nicht bei Deutschland stehen bleiben, sondern müssen die EU und die Mitgliedsstaaten mitnehmen. Und auch die Kommission, die ja bisher nicht bereit ist, eine Neuaufgabe der Nachhaltigkeitsstrategie zuzulassen. Also, wenn wir da nicht in großen Schritten vorankommen, greift auch das eigene nationale Bemühen zu kurz, und wir müssen es runterbrechen auf die kommunale und die Länderebene. Das ist auch eine wichtige Aufgabe, bei der die Debatte zum Großteil noch gar nicht angekommen ist.

Vorreiter dieser Open Working Group-Ergebnisse sagen, dass wir so früh wie möglich anfangen müssen, das umzusetzen und nicht warten dürfen, ob das noch einmal ein Stück nach unten gedreht wird. Sie sagen, dass das jetzt unser Niveau ist, von dem wir sehr ambitioniert nach vorne gehen wollen. Das wäre eigentlich das.

Und die anderen Ergebnisse, die noch kommen, auch die Indikatoren auf internationaler Ebene, sind voraussichtlich im März 2016 da. Die müssen dann in das, was man bis dahin entwickelt hat, eingearbeitet werden. Das ergibt sicherlich einen Sinn. Das wichtige dabei ist die Beispielfunktion, die Deutschland gegenüber anderen Industriestaaten hat. Wenn wir vorangehen, können andere nicht so einfach hinterher hinken. Das ist eine wichtige Maßgabe, die eine Rolle spielt. Und wie machen wir das dann? Es gibt da verschiedene Formulierungen. Man kann jetzt sagen, dass wir einen eigenen nationalen Umsetzungsplan, den man auch als Aktionsplan bezeichnen kann, aufsetzen, aber dann schrecken einige zurück, weil das durch andere Ereignisse vielleicht negativ besetzt ist. Aber es geht eben um einen Maßnahmenplan und das Monitoring, von dem Deutschland

sagt, wie strategisch vorangegangen werden muss, um alle 17 Ziele und 169 Unterziele dabei zu beherzigen und umzusetzen.

Die Verknüpfung mit der Nachhaltigkeitsstrategie, wie wir sie haben, oder mit dem Fortschrittsbericht und der Berichterstattung ist essentiell. Aber es muss eher ein Umsetzungsplan als „Chapeau“ sein, in den das Andere integriert wird. Und dann wird sich zeigen, ob es Lücken gibt, die bisher noch nicht gefüllt sind.

Die Partizipation der Zivilgesellschaft fordern wir ganz deutlich ein, auch bei den Prozessen, die jetzt unmittelbar vor uns liegen. Wir wollen auch gerne an der Entwicklung der Indikatoren beteiligt werden. Wir halten die parlamentarische Beteiligung für ganz entscheidend und zwar nicht nur beim Parlamentarischen Beirat - der super und sehr aktiv ist und bei dem ich mich auch nochmals für die Einladung bedanke -, sondern natürlich auch bei den anderen Ausschüssen, in welche das entsprechend reingetragen und weiterentwickelt werden muss. Und der Parlamentarische Beirat, da sind wir fest von überzeugt und, das spricht Ihnen wahrscheinlich aus dem Herzen, muss gestärkt werden.

Es könnte etwas wie einen jährlichen Bericht, einen „SDG-Bericht zur Lage der Nation“, geben. Das wäre eine Ergänzung, auch zum Fortschrittsbericht der Nachhaltigkeitsstrategie, wobei man sich dann aber an den 17 Zielen orientiert. Das kann auch noch in allen Details konkretisiert werden. Nachhaltigkeitsstrategie für Gesetze und Nachhaltigkeitsfolgenabschätzung sind Dinge, die man jetzt in einer Debatte auch damit verknüpfen kann. Kommunikation im Ganzen.

Im Vorfeld haben wir eben darüber gesprochen, wie schwierig es ist, das „SDG“, also diese Abkürzung, hier der Bevölkerung verständlich zu machen. „Globales Nachhaltigkeitsziel“ ist ebenfalls sehr schwierig. Es braucht also eine kommunikative Anstrengung. Das wird aber auf der New York-Ebene gemacht. Dort hat Deutschland, hat die EU, ganz gute Vorschläge eingebracht. Die finden Sie im Anhang meiner Präsentation.

Wir müssen vor allen Dingen in „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ investieren. Das ist ein



ganz entscheidender Bereich, damit das auch langfristig Wirkung zeigt, und wir müssen uns auch an Prozessen, die es schon gibt, orientieren und diese zusammenführen. Auch gerade jetzt, wenn das Auswärtige Amt versucht, die Leitsätze „for Human Rights and Business“ umzusetzen. Wenn man daraus getrennte Stränge macht, greift das auf jeden Fall zu kurz. Die Menschenrechtsfrage ist eine entscheidende Frage bei den SDGs.

Der letzte Punkt ist die Energiewende als eine wichtige „Contribution“ Deutschlands zur Verwirklichung der SDGs. Wenn man das tut, dann kommt man unmittelbar an die harte Politik. Das ist ein umstrittenes Thema in Deutschland, aber das gehört zur Realisierung der SDGs. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Vorsitzender: Herr Milke, herzlichen Dank für den Impuls und die Stellungnahme. Ich darf das Wort an Alois Vedder geben und das mit der Ankündigung verbinden, dass jeder Sachverständige, der sich wie Herr Milke für eine Stärkung des PBnE ausspricht, einen kleinen Aufschlag auf die Redezeit bekommt. Und da die Bundesregierung mehrfach erwähnt wurde, darf ich auch heute den Vertreter der Bundesregierung, Dr. Bauernfeind aus dem Bundeskanzleramt, als Gast begrüßen. Nun Herr Vedder vom WWF.

Alois Vedder (WWF Deutschland): Herzlichen Dank für die Einladung sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Abgeordnete und sehr geehrte Damen und Herren. Gott sei Dank hat Klaus Milke schon eine schöne Einführung zu dem ganzen „Post 2015“-Thema gemacht, sodass ich gleich einsteigen kann. Und ich hänge mich auch ein bisschen an den Fragen, die wir mitbekommen haben, entlang. Diese begannen damit, wie bisher die Einbindung der Zivilgesellschaft gelaufen ist. Und ich beginne mit der internationalen Ebene, auf der wir als WWF-Netzwerk eigentlich bei allen Verhandlungen, auch während der Open Working Group, immer mit einem - sagen wir mal - global verteilten Team von vier, fünf Leuten vertreten sind. Die Einbindung dort kann man wirklich als vorbildlich bezeichnen. Es gibt einen direkten Zugang zu den Moderatoren und zu den Coaches. Es wird Zeit gegeben. Die Leute sind offen und das weit über die offiziellen Regeln hinaus, die es für die Beteiligung gibt. Und ich

denke, davon, diese Offenheit zu zeigen, sollten wir durchaus lernen. Ich finde, als Deutschland sollten wir nicht dahinter zurückfallen.

Für Deutschland gab es während der ganzen Phase der Open Working Group, jetzt für die Phase der Verhandlung, die regelmäßigen Dialogforen, die das BMUB und BMZ veranstaltet haben. Das ist eine gute Einrichtung, weil dort auch eine gewisse Regelmäßigkeit in den Austausch kommt. Nun ist es natürlich so, dass sehr viel Input von den Organisationen kam und die Detailberichte aus den Verhandlungen nicht so reich waren, sodass es nicht zu einer richtigen Diskussion gekommen ist. Aber in der Phase, als zum Beispiel die deutsche Position entstanden ist oder auch vorgestellt wurde, wusste man, dass wir über sehr konkrete Dinge diskutieren konnten. Ich glaube, dass das die weitere Diskussion vorangebracht hat. Es ist wichtig, dass man in eine richtig ernsthafte, auch inhaltliche Diskussion einsteigen kann.

Leider ist die automatische Einbeziehung der Bundesregierung in der Frage der Umsetzung der SDGs in Deutschland noch nicht so gut gelaufen, aber seit heute Morgen hat sich etwas geändert. Wir hatten heute ein Gespräch mit geschätzt 15 Organisationen im Bundeskanzleramt mit Herrn Bauernfeind, der hier auch anwesend ist. Wir sind jetzt wesentlich optimistischer gestimmt und zuversichtlich, dass wir hier etwas Gutes erreichen.

Bei den Verhandlungen in New York liegt jetzt der Zero Draft vor, daher gehe ich jetzt nicht auf den OWG-Report zurück. Den werden wir noch sehr ausführlich kommentieren und das hier gerne in der Runde verteilen. Vom Ansatz her kann man den Zero Draft als ehrgeizig bezeichnen, weil er vor allen Dingen den integrierten Charakter der Herausforderung betont. Für den WWF war es immer einer der zentralen Punkte, dass nicht Ziele aufgestellt werden, die sich vielleicht noch gegenseitig blockieren oder nicht unterstützen.

Es gibt aber auch Kritik daran, dass die gleiche Augenhöhe aller drei Nachhaltigkeitsdimensionen ein bisschen ins Hintertreffen gerät, weil die Armutsbekämpfung jetzt sehr prominent in den Vordergrund gestellt wurde. Wenn Ökosysteme, wenn Wasser, wenn andere lebenswichtige natürliche



Ressourcen nicht zur Verfügung stehen, wäre das ein Pyrrhussieg, weil langfristig Hunger und Armut nicht verhindert werden können, wenn die natürlichen Ressourcen übernutzt werden, und das sehen wir daher als problematisch an. Das muss im Zusammenhang gesehen werden.

Umweltschutz wirkt in diesem Zero Draft ein bisschen „dran geklebt“. Aber das ist ja noch nicht das Ende der Fahnenstange. Und wir werden uns natürlich weiter dafür einsetzen, dass dort eine Schärfung hinein kommt.

Ja, die neun Kernthesen. Die sechs, die es vorher waren, waren gedacht, um sie auch besser kommunizieren zu können, was natürlich wichtig ist. Die neun scheinen mir politisch motiviert zu sein, und sie helfen eigentlich nicht viel mehr. Von 17 zu 9, das bringt nicht mehr viel. Wir wissen alle, was dahinter steckt und dass das manchmal ein Opfer ist, um einen anderen noch mitnehmen zu können.

Bezüglich der Frage der Umsetzung, der Überprüfung, des Monitorings und des Reportings sind wir jetzt zu dem Schluss gekommen, dass wir es sicherlich nicht schaffen werden, dass alle Länder sich Punkt für Punkt international verantworten. Diese Sicht mag schon sehr pragmatisch sein. Deswegen ist der Vorschlag, eher eine Kaskade von der nationalen Verantwortlichkeit aufzubauen, die dann aber zwingend bindend ist. Es muss Kohärenz hergestellt und das Ambitionsniveau dadurch gehalten werden, dass es auf regionaler Ebene Peer Reviews gibt und dann aber auf globaler Ebene entlang der Ziele in bestimmten Abständen genau hingeschaut wird und diese Erfahrungen dort zusammengebracht werden. Dafür würde es vermutlich eher eine Zustimmung geben, und es hat immer noch ein relativ hohes Maß an Verbindlichkeit.

Auf Deutschland bezogen, und da greife ich jetzt schon mal vor, war die nationale Nachhaltigkeitsstrategie von 2002 wirklich eine absolute Vorreiterinstitution. Jetzt sind aber 13 Jahre ins Land gegangen. Andere haben teilweise aufgeholt, und es gibt neue Fragestellungen. Um diese Vorreiterrolle zurück zu gewinnen, müssen wir natürlich auch den nächsten Quantensprung für die neue Nachhaltigkeitsstrategie hinbekommen. Zu der

Frage bzw. der Idee, die Klaus Milke vorgetragen hat, muss ich sagen, dass der Umsetzungsplan, der auch sicherstellt, dass nichts verloren geht, möglicherweise von der Art her nicht in die Nachhaltigkeitsstrategie hinein passt. Aber es muss berichtet und überprüft werden. Wir müssen aber nicht zu allen 169 Zielen oder zu 100 bis 300 oder 500 Indikatoren, die wir haben werden, Schwerpunkte setzen. Das ist völlig unmöglich. Aber dem müssen wir uns stellen und sagen, dass wir zumindest zu allen berichten müssen. Die Schweiz kann zum Beispiel auch zu „Meeren“ berichten, weil sie aus dem Meer Fische und Rohstoffe bezieht. Insofern ist das valide und wenn es da Punkte gibt, bei denen man einfach nur einen Strich macht und sagt, warum man das getan hat, dann hat man das auch überprüft. Das heißt, man kann so gewährleisten, dass eine Vollständigkeit erhalten bleibt.

Von der Strategie her, von der Sortierung her, ist es so, dass wir schauen müssen, und ich gehe am besten gleich weiter zum nächsten Schaubild, dass wir in drei Kategorien denken. Ich denke, innerhalb Deutschlands waren wir gar nicht mal so schlecht mit der Nachhaltigkeitsstrategie.

Auch die Frage bezüglich der Auswirkungen auf andere Länder außerhalb Deutschlands, außerhalb Europas - ich spreche zum Beispiel über die ausgelagerten Ackerflächen nach Südamerika oder nach Indonesien - muss in unsere Bilanz.

Und dann gibt es die dritte Kategorie, und die könnte teilweise in ihrer Vollständigkeit bei einer Nachhaltigkeitsstrategie unter dem Tisch fallen, bei der wir schauen müssen: Was tut Deutschland für die Welt? Was tut Deutschland, um andere Entwicklungsländer zu unterstützen, um auf einen nachhaltigen Pfad zu kommen? Die beiden Detailebenen hatte ich ja schon angesprochen.

Jetzt habe ich meinen Zeitbonus leider verspielt, weil ich den Beirat nicht erwähnt habe, aber natürlich soll nicht nur die Zivilgesellschaft, sondern auch das Parlament und vor allem dieser Beirat beteiligt werden. Und ich komme jetzt auch zum Knackpunkt. Wir müssen uns die Strukturen ganz neu anschauen: Wer hat welche Aufgaben? Wer hat welche Macht in diesem Nachhaltigkeits-



gefüge? Wir wissen doch alle, dass die Nachhaltigkeit, die keine Macht hat, ignoriert werden kann. Das haben wir auch erlebt, und das haben wir auch in der Studie, die der WWF mit der Leuphana Universität gemacht hat, gesehen.

Der zweite Punkt, und der tut natürlich auch weh, ist, dass es Kapazitäten braucht. Es braucht personelle und finanzielle Kapazitäten. Wenn wir dieses „kein business as usual“ ernst nehmen wollen, dann müssen wir da ansetzen.

„Nachhaltigkeit“ in die Verfassung zu schreiben ist der letzte Punkt, weil die Diskussion auch bei dem letzten Symposium „Nachhaltige Entwicklung stärken!“ in der Runde aufkam. Ich bin kein Jurist, daher kann ich das nicht beurteilen. Die Idee kam von dem Professor von der Leuphana Universität. Wir brauchen eine Art Nachhaltigkeitsstaatsprinzip, weil ein Staatsziel und ein Prinzip unterschiedliche Dinge sind. Weil das Prinzip bedeutet, dass es strukturelle Folgen haben muss. Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

Für eine Anmerkung zur Stellungnahme des Beirates und zur Rolle des Beirates ist jetzt die Zeit vorbei. Vielleicht schaffen wir das gleich noch bei den Fragen, aber es ist in den Unterlagen.

Vorsitzender: Genau. Wir haben die Unterlagen bekommen und haben nachher die Gelegenheit, Dinge auch noch zu vertiefen. Vielen Dank bis hierher. Weil die Zivilgesellschaft angesprochen wurde, will ich an dieser Stelle den Generalsekretär des Rates für Nachhaltige Entwicklung herzlich begrüßen und es mit einem Glückwunsch für die sehr gelungene Jahrestagung verbinden, bei der unser heutiges Thema auch mit im Mittelpunkt stand und wichtige Impulse gegeben worden sind. Herzlich willkommen, Günther Bachmann.

Dann darf ich zum nächsten Sachverständigen überleiten. Das ist Dr. Eick von Ruschkowski vom Naturschutzbund Deutschland.

Dr. Eick von Ruschkowski (Naturschutzbund Deutschland e.V. (NABU)): Einen schönen guten

Abend. Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Abgeordnete, vielen Dank zunächst einmal für die Einladung. Das Schöne ist, dass man nicht alles das repetieren muss, was die Vorredner gesagt haben, wenn wir hier in dieser Reihenfolge sitzen und vortragen. Von daher haben wir uns auch ein bisschen aufeinander abgestimmt, dass wir, je nach Schwerpunkten, die wir in unseren Institutionen inhaltlich verfolgen, auch entsprechend etwas beitragen wollen heute Abend. Sie wissen das wahrscheinlich: Der Fokus des NABU ist im Vergleich zu einigen der anderen Organisationen eher national bis europäisch, weil uns einfach ein starker Welt Dachverband fehlt. Und deswegen haben wir für uns auch entschieden, dass wir hier heute Abend nicht so sehr auf die globalen Prozesse eingehen, sondern uns eher ein bisschen auf das fokussieren wollen, was in Deutschland und vielleicht im europäischen Kontext im Zuge von SDG-Debatten notwendig ist, insbesondere, wenn es um die Aspekte der Umsetzung an dieser Stelle geht.

Grundsätzlich ist es natürlich sehr begrüßenswert, dass es zum einem den Parlamentarischen Beirat und natürlich auch seit langen den Rat für Nachhaltige Entwicklung gibt, die wertvolle Impulse in der Arbeit hier liefern. Ich möchte zum gesamten Prozess der „Post 2015-Agenda“ und den SDGs sagen, dass wir natürlich unser größtes Augenmerk darauf legen und das für wichtig halten, dass in den gesamten Debatten am Ende die einzelnen Ziele nicht gegeneinander ausgespielt werden, sondern dass wir zu einer Ausgewogenheit und Gleichberechtigung der Ziele kommen. Und da sind wir uns im Moment nicht ganz sicher, ob das dauerhaft in den Diskussionsprozessen gewährleistet werden kann.

Zum anderen denke ich auch, dass es wichtig ist, hervorzuheben, dass heutzutage in diesen Prozessen transdisziplinäres Wissen und Denken sehr gefragt sind, um in der Debatte überhaupt Erfolge erzielen zu können, insbesondere, wenn die zivilgesellschaftlichen Organisationen eingebunden werden sollen. Es ist eben schon angesprochen worden, dass man „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ stärken muss. Auf der anderen Seite muss man natürlich sagen, allein die Bildung zu stärken, wird nicht ausreichend sein, um in der



Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie langfristig weiterzukommen.

Ein ganz wichtiger Aspekt, den wir heute Abend hier auch vielleicht noch ein bisschen vertiefen sollten in der Diskussion, ist aus meiner Sicht diese ganze Debatte um Transformation oder den Wandel im Staat. Wir haben zum einen eine rege gesellschaftliche Debatte oder einen Diskurs darüber, dass es Nachhaltigkeitsstrategien geben muss. Auf der anderen Seite müssen wir uns natürlich ganz deutlich über die Umsetzung und Umsetzungsdefizite, ob diese nun technisch oder gesellschaftlich sind, unterhalten. Die Frage, die sich uns stellt, ist ja, welche Politik und Innovationslinien wir wählen müssen, um in Sachen Nachhaltigkeit weiter zu kommen. Was passiert eigentlich, wenn Nachhaltigkeitsziele und Nachhaltigkeitsstrategien nicht umgesetzt werden? Und wir stellen natürlich auch fest, dass wir im Verlauf der vielen Jahre, die uns die Nachhaltigkeitsdebatte nun begleitet, ganz häufig das Gefühl haben, dass die harten Themen, die eigentlich angegangen werden müssen, ausgeklammert werden. Dass in vielen Fällen das „Ob“ zu bestimmten Entscheidungen überhaupt nicht in den Vordergrund gestellt wird, sondern nur das „Wie“. Wir haben es bei der Energiewende, die eben als Beispiel genannt wurde, letztendlich - ausgelöst durch ein Einzelereignis - geschafft, dass sich plötzlich die Ziele geändert haben. Aber bei ganz vielen grundlegenden Entscheidungen, die im Parlament und auf anderen Ebenen getroffen werden müssen, müsste man eine grundsätzliche Debatte führen, was wir eigentlich als großes Ziel haben. Und dann müsste man sich hinterher mit der Umsetzung befassen. Wir sind in ganz vielen Fällen, glaube ich, überwiegend auch in der zivilgesellschaftlichen Beteiligung nicht bei den Debatten um das „Ob“, sondern um das „Wie“. Und diese Differenzierung sollten wir in Zukunft etwas trennschärfer machen.

Ich hatte in dem Entwurf der Stellungnahme des Parlamentarischen Beirates für nachhaltige Entwicklung gelesen, dass dort gefordert wird, insbesondere auch das Themenfeld „Implementierung“ breit zu diskutieren. Das ist ein ganz wichtiger Punkt. Aber ich glaube, wir müssen das Thema der Implementierung nicht nur breit diskutieren,

sondern wir müssen es auch breit angehen, tatsächlich an der Implementierung zu arbeiten. In der Bilanzierung aller Arbeiten in den vergangenen Jahrzehnten ist es das größte Problem, dass wir - ich nenne das jetzt mal einfach „akademisch“ unter Intellektuellen - in der parlamentarischen Debatte sehr weit sind, dass wir aber bei der Tragfähigkeit von Nachhaltigkeitsstrategien in der Bevölkerung noch ein bisschen aufzuholen haben. Das größte Problem, das ich konstatieren würde, wäre hier, dass die bestehenden Querschnittsstrategien - ob das die nationale Nachhaltigkeitsstrategie oder meinetwegen auch die Biodiversitätsstrategie ist - immer sehr schwierig in der Umsetzung erscheinen, auch wenn sie im Kabinett beschlossen sind, weil es eben ein ressortübergreifendes Arbeiten erfordert. Und da haben wir noch ein paar Hausaufgaben zu erledigen, um die Nachhaltigkeitsperformance in Deutschland zu verbessern.

Es ist eben angesprochen worden, dass wir im Rahmen von SDGs einen Blick darauf haben sollten, wie wir zum einen eine Vorreiterrolle im nationalen, aber auch im europäischen Kontext einnehmen können, um zu zeigen, dass Nachhaltigkeit funktioniert und auf der anderen Seite unsere globale Verantwortung auch an dieser Stelle nicht vergessen sollten.

Dass insgesamt in allen Debatten die planetaren Leitplanken oder Grenzen inzwischen als Leitprinzip angeführt werden, ist ein sehr guter Schritt, weil wir in der Nachhaltigkeitsdebatte auch des Öfteren die Rückmeldung erhalten, dass es so viele Jahre um Ökologie ging, und jetzt sollten Ökonomie und Soziales im Vordergrund stehen. Von daher müssen wir einfach sagen, dass wir die planetaren Grenzen als leitendes Prinzip benutzen müssen, um innerhalb dieser Grenzen weiter zu denken.

Wichtig ist es, glaube ich, wenn wir auf den nationalen Kontext gucken, dass im Jahr 2016 die nationale Nachhaltigkeitsstrategie fortgeschrieben wird. Wir könnten heute Abend noch mal das Thema aufgreifen - wenn die SDG-Indikatoren, wenn das alles im Herbst 2016 vorliegt -, ob es überhaupt gelingen wird, in einem engen Zeitrahmen bis Ende des Jahres 2016 diese globale Debatte auf den deutschen Kontext herunter zu bre-



chen. Wichtig wäre eben auch, wenn wir das tatsächlich in dieser Diskussion machen, dass wir versuchen, genau zu identifizieren, welche Zielkonflikte es innerhalb der SDGs gibt. Welche Dialog- und Diskurschwerpunkte müssen wir wählen, damit wir insbesondere dort, wo es Zielkonflikte gibt, diese auflösen können?

Und als letzten Punkt müssen wir dann eben ganz klar sagen, dass es sehr viele Themenfelder gibt, die den Nachhaltigkeitszielen drastisch widersprechen. Das sind dann zum Beispiel die internationale Handelspolitik oder die EU-Agrarpolitik. Das sind natürlich wahrlich dicke Bretter, die gehohrt werden müssten. Und deswegen ist es auch sehr wichtig im Zuge der ganzen Debatte, irgendwann auf den Schwerpunkt der Umsetzung abzielen zu können und darauf, wie wir das gesellschaftlich leisten, wie wir das politisch leisten und wie wir das finanzieren.

Dabei möchte ich es erstmal belassen. Danke.

Vorsitzender: Vielen herzlichen Dank. Ich darf als nächsten Tobias Hauschild von Oxfam Deutschland e.V. aufrufen.

Tobias Hauschild (Oxfam Deutschland e.V.): Vielen Dank für die Einladung. Wie schon angesprochen wurde, wollen wir verschiedene Aspekte der SDGs beleuchten. Mein Hauptaspekt ist vor allem die internationale Komponente, insbesondere auch die Finanzierungskomponente. Und das ist etwas, was wir als Oxfam auch sehr stark in den internationalen Prozess eingebracht haben und auch jetzt gerade einbringen.

Oxfam ist ein weltweites Netzwerk. Es gibt 17 verschiedene Oxfams überall auf der Welt. Unser Ziel ist es vor allen Dingen, die strukturellen Ursachen von Armut zu bekämpfen.

Vielleicht kurz zum Prozess. Es war auch eine der Leitfragen, die gestellt wurden. Wir sind Mitglied von Beyond 2015, also einem Zusammenschluss von 1 000 NGOs, die versuchen, auf die Formulierung der SDGs Einfluss zu nehmen. Unser bisheriges Fazit der Einbindung der Zivilgesellschaft ist durchaus positiv. Das deckt sich auch mit dem,

was bisher schon gesagt wurde. Also gerade international, auch bei der UN-Mission, haben wir das als sehr konstruktiv empfunden. Auch gerade von deutscher Seite und auch auf nationaler Seite hat ein intensiver Dialog stattgefunden. Und - das wurde auch schon gesagt - spannend zu sehen sein wird die SDG-Umsetzung in Deutschland. Weil, das glaube ich, das tatsächlich ein sehr dickes Brett ist, wie es dann weitergeht.

Der vorliegende Verhandlungsstand ist aus unserer Sicht gar nicht schlecht. Der vorliegende Draft enthält viele gute Elemente. Uns besonders wichtig ist ein Aspekt der sozialen Ungleichheit. Das heißt, die Reduzierung der Einkommensungleichheit hat Eingang gefunden in das Dokument, was wir sehr positiv finden. Wir leben in einer Welt, wo 1 Prozent der Weltbevölkerung mehr Vermögen besitzt, als die restlichen 99 Prozent. Insofern ist es sehr wichtig, dass dieses Thema angegangen wird und dass es dazu auch einen Indikator gibt, nämlich das Einkommen der unteren 40 Prozent zu erhöhen. Für uns ist soziale Ungleichheit oder die Bekämpfung sozialer Ungleichheit eine wesentliche Grundvoraussetzung für eine effektivere Armutsbekämpfung. Hier geht es um Verteilungsgerechtigkeit. Insofern sind wir darüber sehr erfreut, dass das Eingang gefunden hat.

Auch andere Elemente sind sehr positiv. Ich will nur ganz kurz Stichworte nennen: Einmal die Forderung nach Zero Hunger. Also, keine halben Sachen, sondern dass man sich tatsächlich ambitionierte Ziele setzt. Aber auch die Bereiche „Gesundheit“ und „Bildung“, also das Unfinished Business der MDGs, haben Eingang gefunden. Auch das war eine der Hauptforderungen. Und wir finden es sehr positiv, dass das immer noch drin ist.

Uns wurde die Stellungnahme des Beirates zugesandt. Eine kurze Bewertung: Hier finden sich positive Elemente wieder, die wir sehr begrüßen. Zum Beispiel: „Die Substanz des Vorschlags ist beizubehalten“, so wird es hier im Dokument genannt. Die Betonung des Transformationscharakters ist aus unserer Sicht sehr positiv. Die Forderung nach starken Überprüfungsmechanismen ist sehr positiv. Auch wird die soziale Ungleichheit als eines der Kernthemen benannt, die angegangen werden müssen. Vielleicht könnte man hier



einen Horizont für mögliche Maßnahmen eröffnen, auch in Hinblick auf Verteilungsgerechtigkeit. Stichworte könnten hier sein: inklusive Bildung oder auch soziale Grundsicherung für alle Menschen.

Was wir aus Entwicklungsfinanzierungssicht sehr positiv finden, ist, dass in diesen Entwurf der Stellungnahme des Gremiums das 0,7 Prozent-Ziel Eingang gefunden hat mit einem Stufenplan und einem Zeitziel. Das begrüßen wir sehr.

Und jetzt komme ich aus unserer Sicht zu dem eigentlichen Problem der derzeitigen Verhandlungen. Es mangelt im Moment einfach daran, konkrete Finanzierungszusagen zu treffen, um den SDGs wirklich den nötigen Schwung zu geben, also, die Means of Implementation, das ist ein ganz wichtiger Aspekt, der auch gerade von den Entwicklungsländern hervorgehoben wird. Da mangelt es. Und im Moment kann man nicht sagen, dass die internationale Debatte dort besonders ambitioniert ist. Wir sehen, dass die Konferenz in Addis Abeba - das ist ja eine Vorläuferkonferenz zu den SDGs und aus unserer Sicht sehr wichtig - hier wahrscheinlich nicht dazu führen wird, dass man da wirklich weitreichende verbindliche Zusagen bekommt. Die bräuchte es aber. Hier fehlt zum Beispiel eine Verpflichtung zur Erreichung des 0,7 Prozent-Ziels. Wir brauchen einen nationalen Stufenplan. Wir brauchen ein Zeitziel. Und wir müssen auch die Maßnahmen benennen, die letztendlich genutzt werden sollten, um dieses Ziel zu erreichen, zum Beispiel durch den fiskalischen Spielraum, der sich durch eine Finanztransaktionssteuer ergeben würde.

Zum anderen, und das ist vielleicht auch etwas, was hier noch mal bedenkenswert wäre, wenn man auf die Stellungnahme schaut: die Ausrichtung auf ärmste Länder. Man sollte sich ganz stark auf die ärmsten Entwicklungsländer konzentrieren; die sind zu zwei Drittel ihrer externen Zuflüsse von Entwicklungszusammenarbeitseinstellungen abhängig. Auch das sollte man stärker berücksichtigen. Und man sollte sich auf Bereiche konzentrieren, die für nachhaltige Armutsbekämpfung und die Bekämpfung sozialer Ungleichheit - Stichworte wie Bildung, Gesundheit, social protection floor - ganz wichtig sind.

Ein zweiter Aspekt der Finanzierungsdebatte ist die Frage der Einbindung des Privatsektors. Im Moment wird sehr stark gepusht, dass der Privatsektor einen Beitrag zu leisten hat. Das ist auch richtig. Die Frage ist nur: Unter welchen Bedingungen passiert das? Und welche Leitprinzipien können wir anwenden, damit der Privatsektor eine gute Beteiligung oder einen guten Beitrag zu den SDGs leisten wird? Hier ist es aus unserer Sicht wichtig, dass man ökologische und soziale Standards stärker in bestimmte Projekte, gerade in die, die durch öffentliche Gelder mitfinanziert werden, mit einbringt. Und man sollte bestimmte Nachhaltigkeitsassessments vorher machen und auch danach die tatsächliche Wirksamkeit in Hinblick auf die Armutsbekämpfung und Nachhaltigkeit überprüfen.

Ein dritter Punkt betrifft das Thema „Klimafinanzierung“. Klimafinanzierung ist ein ganz wichtiger Punkt. Wir haben die Zusage, bis 2020 100 Milliarden US-Dollar für Klimafinanzierung bereitzustellen. Aus unserer Sicht ist es wichtig, hier eine Additionalität herzustellen bzw. zu schauen, ob man nicht eine andere separate Zielgröße für Klimafinanzierung schafft. Weil wir einfach das Problem sehen, dass es zukünftig zu einem verstärkten Ressourcenwettbewerb kommen könnte, auch für andere Bereiche der Armutsbekämpfung. Insofern müsste man sich hier überlegen, ob man nicht eine Additionalität für Klimafinanzierung schafft oder ob man nicht sogar darüber hinaus geht und sagt, man bräuchte im Grunde genommen eine andere Zielgröße als die 0,7 Prozent.

Ein vierter Punkt der Entwicklungsfinanzierung ist ganz wichtig und wird hier am Rande auch aufgegriffen in der Stellungnahme. Ich finde das sehr gut, weil nämlich die Frage „Mobilisierung einheimischer Ressourcen in den Entwicklungsländern“ eine ganz große Rolle spielt in der derzeitigen Entwicklungsdebatte. Und das ist auch richtig und gut so. Was häufig fehlt in der Debatte, ist allerdings die Frage, was die strukturellen Ursachen dafür sind. Hier wird häufig damit argumentiert, dass wir auf jeden Fall mehr Unterstützung für den Aufbau von Steueradministration brauchen in den Entwicklungsländern. Das ist richtig. Wir müssen aber auf der anderen Seite auch sehen, dass wir die internationalen Rahmenbedingungen verändern, damit die Länder mehr



Steuereinnahmen erzielen können. Und hier ist es ganz wichtig, Entwicklungsländern eine gleichberechtigte Mitsprache in internationalen Verhandlungen zu erlauben und auf Augenhöhe mit ihnen zu diskutieren, was im Moment einfach nicht passiert, weil der Prozess im Wesentlichen von den G7, G20, OECD geführt wird. Das heißt, wir brauchen ein inklusiveres Forum, eine Stärkung der UN, gerade im Steuerbereich, wie zum Beispiel durch eine Aufwertung des derzeitigen Expert-Komitees oder eine eigene Kommission beim EKO-SOK. Und das wäre ein richtiger Schritt in Richtung Global Governance, um auch die Ungleichheit der Mitsprache in den internationalen Beziehungen tatsächlich zu beenden, abzumildern. Und um auf einen Dialog auf Augenhöhe zu kommen, der aus meiner Sicht eine ganz wichtige Voraussetzung dafür bildet, dass man tatsächlich auch die Nachhaltigkeitsziele erreichen kann. Vielen Dank.

Vorsitzender. Vielen herzlichen Dank. Und dann darf ich als letztem in der Runde der Sachverständigen Herrn Hoppe das Wort geben.

Thilo Hoppe (Brot für die Welt, Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung e.V.): Ja, vielen Dank, Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren. Ich freue mich einerseits, dass Sie mich eingeladen haben. Andererseits geht es ja auch um Geschlechter-Gerechtigkeit bei den SDGs, und jetzt spricht der fünfte Mann in Folge. Aber das kann ich jetzt auch nicht ändern.

Kurz zum Verhandlungsergebnis: Da kann ich mich eigentlich den Worten meiner Vorredner anschließen. Ich halte das Ergebnis, das die OWG vorgelegt hat, ich sage mal, für einen positiven diplomatischen Unfall. Wer viele UN-Konferenzen miterlebt hat, der weiß, da geht es oft um den kleinsten gemeinsamen Nenner. Da sitzen viele Bremser am Tisch, die eigentlich ehrgeizige Ergebnisse verhindern wollen. Und hier möchte ich wirklich Respekt und Anerkennung für das Umwelt- und Entwicklungsministerium aussprechen. Sie haben das ja hauptsächlich vorangetrieben. Gute Kooperation in der Stimmrechtsgruppe mit der Schweiz und Frankreich. Und da hat es auch einen Spirit in der gesamten OWG gegeben. Also, das Ergebnis hat natürlich Schwächen, und NGOs wünschen sich immer mehr, das ist klar. Aber es

sind doch einige wirklich beachtliche Ergebnisse vorgelegt worden. Und die Ziele wurden auch schon gehighlightet von meinen Vorrednern. Ein Überwindungsziel für Ungleichheit, was sogar in einem Unterziel einen Umverteilungsmechanismus - wenn auch nur einen moderaten hat; ich hätte kaum für möglich gehalten, dass es so etwas auf UN-Ebene gibt. Die Ungleichheit wird ja in den meisten Ländern, auch den meisten Entwicklungs- und Schwellenländern, größer. Und das Ziel, auch wenn es nur sehr allgemein formuliert ist, mit messbaren Größen nachhaltigere Produktions- und Konsummuster anzustreben, ist ja auch eine Sache, die sich in der Wirklichkeit so nicht abspielt, aber die absolut dringend notwendig ist.

Als Vertreter von „Brot für die Welt“ muss ich natürlich sehr loben, dass das Ziel ist, den Hunger bis 2030 ganz zu überwinden. Und dass dann zusätzlich der Fokus gesetzt wird auf die verletzlichsten Gruppen, auf die Kleinbauern, Kleinbäuerinnen, auf die handwerklichen Fischer, auch auf die Nomaden und Kleinviehzüchter, dass gerade die die Unterstützung brauchen. Die Ärmsten der Armen. Und dass in einem Unterziel zu dem Hungerziel auch sogar drin steht, dass die biologische Vielfalt erhalten bleiben soll. Auch die Saatgutvielfalt. Auch das ist das Gegenteil von dem, was wir momentan erleben. Momentan ist Monsanto eigentlich dabei, seine Monopolstellung noch stark auszubauen. Auch mit gewissen Initiativen der G8. Da gab es glücklicherweise auf dem letzten G7-Gipfel auch Anzeichen einer Kurskorrektur, weg von den Großplantagen und hin zu nachhaltigerer Landwirtschaft und Unterstützung der Kleinbauern.

Was schmerzlich ist, um jetzt nicht nur das Ergebnis der OWG zu loben, ist der geringe Bezug zu den Menschenrechten und sehr unterschiedliche Konkretisierungsgrade. Also, da, wo man andocken konnte an den alten MDGs, sind sie sehr nachprüfbar, sehr konkret. Bei den neuen Zielen, die sehr umstritten waren, gab es Gezerre darum, ob sie überhaupt erwähnt werden sollen. Aber dass sie wenigstens drin stehen, also auch Good Governance, Rechtsstaatlichkeit, gegen den Widerstand vieler Staaten, ist ein Referenzrahmen, wo man anknüpfen kann.



Inzwischen liegt der Zero Draft vor. Das gute ist, dass das Ergebnis der OWG, nämlich die 17 Ziele, erhalten und bestätigt wird. Das ist wirklich gut so. Es gibt viel Lyrik, das muss halt so sein bei diesen Konferenzen.

Schwachpunkt ist der Umsetzungs- und Überprüfungsmechanismus. Aber das ist keine große Überraschung. Wir wissen durch Kontakte mit den Verhandlern vom BMZ und BMUB, dass die Länder, die eigentlich ehrgeizige Ziele verhindern wollten, es dann irgendwann nicht geschafft und gesagt haben: Na, dann konzentrieren wir uns darauf, die Lyrik zu akzeptieren. Also, die schönen Worte zu akzeptieren, aber bei den Umsetzungs- und Überprüfungsmechanismen es so unverbindlich wie nur irgendwie möglich zu machen. Und da gibt es jetzt noch harte Verhandlungen. Das neue Gremium oder das neue Format „High Level Political Forum“ muss gestärkt werden. Darauf muss man sehr achten. Aber ich glaube, dass auf internationaler Ebene da nicht mehr sehr viel zu holen ist, weil einige Staaten wie Russland oder China dicht gemacht haben, und nichts, was verbindlich ist, wird von uns irgendwie akzeptiert.

Die einzige Chance, die ich noch sehe, ist bei der Datenerhebung. Das klingt jetzt nicht besonders attraktiv und interessant, aber ich war auf mehreren Konferenzen, wo die MDGs überprüft wurden. Und ich fand es skandalös, dass da einige Staaten, die eigentlich die MDGs mit Füßen getreten haben, die sich überhaupt nicht danach gerichtet haben, mit Hochglanzbroschüren aufwarten konnten, mit ihren Ministerpräsidenten oder Ministern vor die UN traten und die tollsten Reden gehalten haben und damit irgendwie durchkamen. Eigentlich müssen die Daten, die vorgelegt werden, die Reports, überprüft werden. Das wird man nicht schaffen über einen Beschluss der Vereinten Nationen. Aber vielleicht kann man eine Dynamik hineinbringen, wenn man eine Art Zertifizierungssystem anbietet. Das ist eine Idee gewesen, die schon in der letzten Wahlperiode in einer Anhörung kam. Also, wenn die UN als UN einen Überprüfungsmechanismus von unabhängigen Prüfern anbieten, die ins Land reisen und die Datenerhebung prüfen, dann kann das jedes Land in Anspruch nehmen und bekommt sozusagen einen SDG-TÜV-Stempel zertifiziert, beglaubigt. Und wenn das dann die guten Staaten, also die Best

Performer vormachen, dann kann es eine Dynamik entwickeln, dass immer mehr Staaten dann sagen, das brauchen wir eigentlich auch, sonst ist unser Bericht nichts mehr wert. Das hätte jetzt nur den Effekt, dass man an bessere Daten herankommt. Sonst wird der Ball der Umsetzung der SDGs auf die nationalen Spielfelder geschossen, und das wird ganz unterschiedlich aussehen. Logisch, anders in Nordkorea als in den demokratischen Staaten. Und da Deutschland wirklich auch Vorreiter war bisher und Vorreiter sein will, sollte Deutschland hier auch eine gute Performance hinlegen und auch vorbildlich die SDGs im nationalen Bereich umsetzen. Und da finden wir es sehr, sehr gut, dass bei der Fortschreibung der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie der Nachhaltigkeitsrat sich des Themas angenommen und sehr gute Vorschläge unterbreitet hat. Die liegen ja seit wenigen Tagen auf dem Tisch.

Und dennoch gibt es eine Befürchtung. Das ist bitte nicht als Angriff auf den Nachhaltigkeitsrat zu sehen, der muss natürlich Schwerpunkte setzen und greift sich dann die SDGs heraus, die einen starken Bezug auch zu Deutschland haben, wo die Umwelt- und die Armut-Debatte praktisch zusammenpassen. Aber der Katalog ist sehr viel größer und umfangreicher. Und deswegen glauben wir, ist es notwendig, dass es zusätzlich zu einer guten Fortschreibung der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie - das hatten einige vor mir schon gesagt - einen SDG-Umsetzungsplan gibt, der möglichst jährlich, mindestens zweijährlich vorgelegt wird, der nach 17 Kapiteln gegliedert ist und darstellt, was die Bundesregierung zur Erreichung aller Ziele und Unterziele zu tun gedenkt und getan hat.

Ich erinnere daran, als die MDGs beschlossen wurden im Jahr 2000, gab es den Aktionsplan 2015, der jedes Jahr auch dem Parlament vorgestellt und debattiert wurde. Irgendwann ist es abgeschafft worden, weil die Ministerien darüber stöhnten und sagten, das sei ein bürokratisches Monstrum. Die Federführung lag beim BMZ, vielleicht war das der Fehler; nicht als Vorwurf ans BMZ, sondern dass das von den anderen Ministerien nicht sonderlich ernst genommen wurde. Da müsste die Federführung beim Kanzleramt liegen. Und wie gesagt, das sollte dann eine Debatte sein, die jedes Jahr im Bundestag geführt wird, und das



wäre auch ein wichtiges Hilfsmittel für den Parlamentarischen Beirat und den Nachhaltigkeitsrat.

Zur Rolle des Parlamentarischen Beirates: Ich bin dafür, dass er gestärkt wird. Das gibt auch mehr Redezeit. Ich möchte mich sehr bedanken für das tolle Symposium mit Herrn von Weizsäcker, Herrn Töpfer und Herrn Bachmann. Das war sehr erhellend und inspirierend. Ich möchte aber vor einem warnen: Es gibt ja auch die Idee, den Parlamentarischen Beirat zu einem vollgültigen Ausschuss zu machen. Das könnte kontraproduktiv wirken. Ich würde eher dazu raten, dass der Parlamentarische Beirat sich als „Sauerteig“ als „Antrieb“ versteht, der ständig auch den Kontakt sucht zu den ordentlichen oder den regulären Ausschüssen und besonders die Hotspots der politischen Inkohärenz zum Thema macht, also, eine gemeinsame Anhörung mit dem Agrarausschuss beispielsweise zum Thema „Futtermittelimporte“. Was hat das für Auswirkungen in Entwicklungsländern, ökologisch und sozial? Das wird eine heiße Debatte werden. Oder mit dem Wirtschaftsausschuss zum Thema „Energiepolitik zu Kohleverstromung“. Also, dass man die Konflikte nicht scheut und dass der Parlamentarische Beirat genau diese Themen vorantreibt. Dann hätte er eine ganz wichtige Rolle. Er bräuchte ein Initiativrecht, bräuchte mehr Ressourcen und kann dann wirklich die Sache vorantreiben. Aber wenn er ein Vollausschuss wird, dann kann es sein, dass eher die Kohärenz dadurch geschwächt wird.

Und jetzt noch ganz schnell zu den Stellungnahmen: An zwei Stellen denke ich, ist eine Korrektur notwendig. Sehr gut, dass Sie sich für den ODA-Aufholplan bis zum Jahre 2020 auch auf europäischer Ebene ausgesprochen haben. Aber da ist leider der Zug schon abgefahren. Die Entwicklungsminister haben erst vage bis 2030 beschlossen. Und das ist eine Peinlichkeit, die leider auch in den Empfehlungen des Nachhaltigkeitsrates steht. Man kann nicht sagen, wir werden bis 2015 0,7 Prozent erreichen, und hat man es nicht geschafft, dann noch einmal 15 Jahre. Also, die Frist 2020 ist schon peinlich genug. Die muss gehalten werden. Das ist auch die Position der katholischen und evangelischen Kirche. Das sollte der Nachhaltigkeitsbeirat mit Nachdruck fordern.

Und dann gibt es eine schwierige Debatte zu CBDR. Da stehen ja zwei Alternativen in Ihrer Stellungnahme, das ist sehr berechtigt in der Klimadiskussion. Und trotzdem muss ich sagen, in der Entwicklungsdiskussion ist das teilweise ganz schön kompliziert, weil viele Entwicklungsländer sich dahinter verstecken und sagen: Erstmal müsst Ihr handeln, und wir halten die Hand auf und machen nichts. Da gab es schon mal eine bessere Formulierung unter Berücksichtigung der nationalen Umstände. Natürlich sind die Aufgaben der reichen Länder andere als die der Entwicklungsländer. Aber CBDR hat das früher auch sehr unterstützt. Im Klimabereich ist das richtig, aber in der Diskussion über die Armutsbekämpfung kann es nach hinten losgehen und ist mit Vorsicht zu genießen. Soweit erstmal.

Vorsitzender: Ich bedanke mich bei Ihnen allen für Ihre Impulse. Ich sage zu Ihrer Anmerkung zum Nachhaltigkeitsbeirat noch einen Halbsatz. Unser gemeinsames Ziel hier im Beirat ist nicht, Ausschuss zu werden, sondern, wie Sie alle es auch angesprochen haben, dass der Beirat gestärkt wird, dass er verstetigt wird, dass er auch eine in der Geschäftsordnung festgehaltene Kontinuität bekommt. Das deckt sich mit dem, was Sie auch gesagt haben. Es hat etwas länger gedauert, als wir vorgesehen hatten. Ich glaube aber, es war sehr gut, dass wir es so gemacht haben. Ich darf mich bei Ihnen auch bedanken, dass Sie zu unserem Entwurf Stellung genommen haben. Das will ich noch mal betonen. Das ist ein Entwurf, den wir noch nicht abgestimmt haben. Sie sehen in der Stellungnahme, dass das die ersten Überlegungen der Berichterstatter-Gruppe sind. Aber gerade deshalb war es für uns hilfreich, dass Sie darauf auch schon eingegangen sind, weil wir das dann in die Beschlussfassung einbeziehen können.

Ich darf jetzt die Wortmeldungen aufrufen. Die Diskussion wird etwas kürzer sein, da die Stellungnahmen etwas länger gedauert haben. Aber damit haben Sie eigentlich zu den Fragen, die uns bewegen, auch schon implizit Stellung genommen. Wir hatten vorgesehen, um ca. 19.30 Uhr zum Ende zu kommen. Ich darf als erste Frau Doktor Kofler von der SPD aufrufen. Sie ist die Obfrau der SPD im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.



Abg. **Dr. Bärbel Kofler** (SPD): Herzlichen Dank, auch an den Beirat. Das ist eine ganz wichtige Debatte. Und ich bin auch gerne gekommen, weil es uns als Entwicklungspolitiker als „das Thema des Jahres“ natürlich ebenfalls umtreibt. Das finde ich ganz wichtig. Es ist vieles gesagt worden, das ich einfach unterstreichen möchte. Ich bin sehr froh, dass „Universalität“ als Grundprinzip, als leitendes Prinzip, im SDG-Bestand ist, und ich bin froh, dass der Katalog nicht mehr aufgemacht wurde. Das war durchaus auch eine ganz schwierige Debatte am Anfang und am Ende des letzten Jahres. Und ich hoffe, es bleibt auch so. Es ist auch eine Hoffnung, die ich teile und die ich an der Stelle unterstreichen möchte. Weil darin Ziele enthalten sind, die wir vorher noch nie bei den MDGs bedacht oder sie ausgeblendet haben, seien es der ökologische Bereich oder auch die Ungleichheitsfragen. Ein Kapitel, das uns auch sehr am Herzen liegt, ist das Thema „menschenwürdige Arbeit“, denn das ist auch einer der Punkte, mit denen man auch wirklich nachhaltige Entwicklung vorantreiben kann.

Ich hätte ein paar Nachfragen. Es ist ein bisschen schwierig, angesichts des Zeitpunktes, über den wir jetzt debattieren, wirklich etwas Konkretes über „Implementierung“ und „Means for Implementation“ und „Indikatoren“ und so weiter zu sagen. Aber so ganz habe ich es noch nicht verstanden, und ich habe das Gefühl, Sie haben noch mehr Expertise und können es vielleicht noch ein bisschen konkreter machen.

Wenn ich jetzt zum Beispiel bei dem Thema „menschwürdige Arbeit“ bleibe: Da haben Sie sich doch bestimmte Gedanken gemacht, wie diese Indikatoren schon aussehen könnten? Was könnten denn Umsetzungsmöglichkeiten sein? Mit fällt an der Stelle zum Beispiel das Thema „verbindliche Standards in Lieferketten“ ein. Aber da gibt es wahrscheinlich noch eine ganze Ideenliste. Und ich habe Interesse daran, dass wir da jetzt schon ein bisschen konkreter werden können, denn es geht eben zum Beispiel auch um Handelsverträge, die jetzt abgeschlossen werden. Ich denke an die Mineralienverordnung der EU oder andere Dinge in diesem Bereich. Vielleicht gibt es da im Vorfeld schon ein paar Ideen von Ihrer Seite.

Ich hätte zur Finanzierung noch einmal eine Frage. Ich bin Thilo Hoppe ganz dankbar für sein Statement zum Schluss. Ich teile das hundertprozentig. Wer 2015 die Finanzierungsziele nicht erreicht und dann „bis 2030 werden wir das schon irgendwie hinkriegen“ sagt, ist aus meiner Sicht nicht sehr glaubwürdig. Jetzt würde mich natürlich Ihre Einschätzung aus den ganzen Konferenzen, die Sie besucht haben und auf denen Sie mit der Zivilgesellschaft in Kontakt sind, interessieren. Was heißt denn das konkret für Addis Abeba? Also ich bin da - sage ich mal ganz ehrlich - nicht sehr optimistisch, und Sie haben völlig recht, Herr Milke, dass das der Auftakt für alles Weitere ist, was dann folgen wird.

Die entscheidende Frage ist also: Wie finanzieren wir das Ganze? Und wenn wir uns selbst auch auf die Frage nach 0,2 Prozent des BIP für LDCs beschränken, dann gab es auch schon mal weitergehende Aussagen, was man an Geldern für die ärmsten Länder reserviert. Vielleicht können Sie dazu noch einmal etwas sagen? Und es muss auch um die Fragen der Steuerhinterziehung und Steuervermeidung gehen, weil diese auch systemische Fragen sind. Das steht auch in dem Plan der Financial Intergovernmental Group. Vielleicht können Sie dazu noch ein paar Sätze sagen. Auch das soll in Addis Abeba eigentlich Thema sein und hat dann eben auch konkrete Rückwirkung auf die internationale Finanzmarktgestaltung und Gesetzgebung in diesem Bereich. Das wird wahrscheinlich am schwierigsten zu implementieren sein.

Vorsitzender: Vielen Dank. Als nächster spricht Dr. Andreas Lenz, Obmann der Union.

Abg. **Dr. Andras Lenz** (CDU/CSU): Auch von meiner Seite spreche ich einen ganz herzlichen Dank an die Experten für die Ausführungen aus, denen ich gar nichts mehr hinzufügen möchte. Ich habe jetzt eine konkrete Frage an Herrn Milke und Herrn Doktor von Ruschkowski. Und zwar haben Sie beide betont, wie wichtig es ist, die Ziele der SDGs eben auch in der Bevölkerung in einer möglichst großen Breite zu implementieren. Jetzt wurde zum einen angesprochen, wie wichtig die „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ ist, zum anderen wurde aber auch gesagt, dass natürlich auch diese Programme oder Maßnahmen an ihre



Grenzen stoßen. Zu Recht haben Sie eben auch hinzugefügt, dass es im Moment immer noch - trotz G7, wo diese ganzen Themen prominent behandelt und auch in der Öffentlichkeit diskutiert wurden - eine Expertendiskussion ist. Meine Frage ist: Haben Sie denn innovative Ansätze, die man auch von Seiten der Politik unterstützen könnte?

Die zweite Frage richtet sich an Herrn Vedder. Und zwar ist der WWF eine globale oder zumindest eine sehr internationale Organisation. Daher würde mich aus Ihrer Sicht interessieren, ob Sie einen Umriss darüber geben könnten, wie der internationale Vergleich aussieht? Wie läuft die Priorisierung der Umsetzung der SDGs in anderen Ländern, und wie wird in anderen Ländern die Zivilgesellschaft mit einbezogen?

Und die dritte Frage geht an die gesamte Runde: Der Freihandel wurde vorher kritisch betrachtet. Würden Sie vielleicht auch bei Handelsabkommen Chancen erkennen, wenn man bei diesen die SDGs als festen Teil verankern würde, sodass die Handelsabkommen eben auch im Sinne der nachhaltigen Entwicklung durchaus mit Chancen verbunden sein könnten?

Vorsitzender: Danke. Peter Meiwald von den Grünen.

Abg. **Peter Meiwald** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich danke zunächst vielmals für die Präsentation und für die konstruktiven Rückmeldungen und auch zu dem, was wir uns bisher hierher schon erarbeitet haben. Ich will mich gerne dem anschließen, was Andreas Lenz gerade gesagt hat. Die Frage, wie wir „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ auch in unserem Land weiter verbreiten, ist für mich ein zentraler Punkt. Dann habe ich für Sie gemeinsam die konkrete Frage, wie Sie die Rollenverteilung dabei sehen? Wieviel erwarten Sie eigentlich vom staatlichen Schulsystem? Wieviel müssen die NGOs dabei leisten? Und wenn Sie das auch als Ihre Baustelle sehen, dann wäre für die Frage der Kohärenz natürlich auch eine Größenordnung, also eine Bedarfsanmeldung der dazu nötigen Ressourcen, durchaus hilfreich. Wie bekommen wir eigentlich das, was wir mit schönen Deklarationen politisch fordern, dann auch haushälterisch verarbeitet, damit wir mal über

Größenordnungen reden können? Das finde ich sehr interessant. Vielen Dank für den nochmaligen Hinweis auf die Finanztransaktionssteuer. Die bleibt im Moment in vielen Diskussionen ein bisschen außen vor. Ich finde, dass das ein ganz zentraler Punkt ist. Auch, wie wir zur Gegenfinanzierung für manche Dinge kommen, ist eine ganz wichtige Sache.

An Herrn von Ruschkowski habe ich noch die Frage, weil es auch aufgeworfen wurde, nach der Kohärenz in den unterschiedlichen Politikfeldern. Ich glaube, das ist das, was uns auch im Moment politisch bewegt, insbesondere eben im Spannungsfeld zwischen Addis Abeba und den SDG-Verhandlungen einerseits und den Freihandelsabkommen andererseits. Welche Möglichkeiten sehen Sie für die Zivilgesellschaft, um dort auch noch mal als „Pressure Group“ auf eine verbesserte Kohärenz hinzuwirken? Welche konkreten Forderungen hätten Sie an uns als Parlamentarier? Und eine Frage ist, was die Regierung und die EU machen können? Aber die andere Frage ist, wo Sie dann Potentiale für das Parlament sehen, möglicherweise noch aktiver zu werden, als es uns bisher gelungen ist?

Die letzte Frage zur Struktur der Einbindung der Zivilgesellschaft des Südens geht an Thilo Hoppe. Das ist natürlich ein sehr globaler Begriff, und es ist mir schon bewusst, dass man das nicht über einen Kamm scheren kann. Aber die Frage ist: Wie bekommt man das international hin? Über welche Strukturen sollten wir nachdenken? Welche Strukturen könnte man ausbauen, damit das eben nicht nur ein Prozess in unserer Gesellschaft, den wir hier vorantreiben, ist, sondern bei dem wir auch dafür sorgen, dass auch unsere Partner in der Zivilgesellschaft im Süden entsprechend Gehör finden.

Vorsitzender: Vielen Dank. Das Wort hat Frau Menz.

Abg. **Birgit Menz** (DIE LINKE.): Danke schön auch von meiner Seite für die Vorträge und die Eingaben. Ich finde es erstaunlich, wie sich die Sprachen gleichen. Im Grunde genommen sind „Bildung“ und „Finanzierung“ die Hauptfragen, die hier auftauchen. Auch ich möchte darauf abzie-



len. Und zwar ist die Frage: Wo sieht man demnächst den größten Nachholbedarf in Sachen „Bildung“, und wie könnte man das eben auch finanziell unterlegen, damit es zu einem Ergebnis kommt? Und es muss nicht nur im eigenen Land bleiben, sondern auch darüber hinausgehen. Oder wie bekommen wir das hin, dass es genau in den schwächeren Ländern auch praktiziert werden kann? Das ist die eine Sache.

Die zweite Frage ist, wie man die Dinge, die wir umsetzen wollen, so verständlich macht, dass sie in der Gesellschaft verstanden, dort aufgenommen und entsprechend umgesetzt werden können bzw. auch die Forderung gestellt werden kann, dass es umgesetzt wird.

Und meine andere Frage - eigentlich ist es eher eine Feststellung für mich - zielt darauf ab, dass für mich „TTIP“ und „Nachhaltigkeit“ ein Widerspruch an sich sind. Sehen Sie das auch so?

Vorsitzender: Ich habe im Moment keine weiteren Wortmeldungen vorliegen. Gibt es noch weitere Fragen? Es sollten alle Fragen jetzt gestellt werden. Wir können nicht versprechen, dass es nochmal eine Runde gibt.

Abg. **Stefan Rebmann** (SPD): Ich mache es auch ganz kurz. Ich habe noch mal die eine oder andere Nachfrage an Herrn Vedder, und ich glaube, auch an den Kollegen Milke. Irgendwann am Anfang wurde noch mal erwähnt, dass der G7-Gipfel ganz gut war. Ich sage mal, naja, was Entwicklungspolitik und dergleichen betrifft, finde ich es nicht so großartig, weil es auch wieder zeigt, was wir sonntags reden und beschließen, meinen wir montags dann nicht so. Aber meine konkrete Nachfrage: Es wurde irgendwann mal gesagt, Umweltschutz wäre irgendwie so „drangeklebt“. Das ist mir, mit Verlaub, etwas zu unkonkret. Was meinen Sie damit genau? Und auch noch mal etwas genauer zu diesem Themenkomplex, den Sie da ausgeführt haben, diese Fokussierung auf Armut im ersten Teil. Dass Sie dies vielleicht auch noch mal etwas konkretisieren? Ich fand nämlich die Diskussion beim Symposium mit Ernst Ulrich von Weizsäcker und Töpfer hoch spannend. Es war wirklich sehr interessant, auch die tollen Ideen, was Finanzierung und dergleichen betrifft

und auch dieses Beispiel mit Stickstoff in Schweden.

Und die Frage ist auch noch mal: Bei der Finanzierung hatten wir gestern eine kurze Diskussion: Wenn man sich die Struktur der EFSF und des ESM anschaut, ob man so etwas nicht weiterdenken kann. Ich sage mal, im globalen Maßstab zur Förderung und Finanzierung der Entwicklungspolitik und der SDG's. Die beiden Punkte bitte ich noch mal zu konkretisieren.

Vorsitzender: Herzlichen Dank. Damit gehen wir in die zweite Runde. Wir würden wieder so durchgehen, wie wir es in der ersten Runde gemacht haben. Jetzt nur mit Blick auf die Uhr und im Sinn einer gerechten Verteilung der Redezeit auch an die zu denken, die weiter hinten sitzen.

Klaus Milke (Germanwatch e.V.): Ich versuche es wirklich sehr kurz und nur die Punkte zu nehmen, die nicht vielleicht andere nach mir sehr viel besser beantworten könnten. Das Erste wäre für mich noch mal „menschenwürdige Arbeit“. Ich glaube, da ist insgesamt unglaublich Musik im Moment drin. Da ist das Thema „Lieferkette“ wirklich weltweit angekommen. Auch scheint es bei den Unternehmen angekommen zu sein. Auch dieser UNGP-Prozess, diese Human Rights and Business-Geschichte, Politik muss hier schützen. Die Unternehmen müssen ihre Due Diligence einhalten. Es muss Beschwerde-mechanismen geben. Das wird ja gerade jetzt hier auch in Deutschland nicht einfach diskutiert. Da geht es auch darum, welche Leitplanken, welche Maßstäbe werden da entwickelt? Was ist das Assessment, was man entwickeln will? Und wenn man nicht da die Bezüge mit hinüber nimmt in die Auseinandersetzung hier, dann greift man absolut zu kurz. Aber ich sehe da Chancen. Auch Herr Müller arbeitet sehr aktiv mit Frau Nahles zusammen. Das ist ja auch eine gute Kombi, die internationalen und die nationalen Fragen gut zu verknüpfen. Also, da könnte was Sinnvolles draus werden. Was dann die UN-Indikatoren angeht, ist da noch einiges nicht fertig. Aber da fließt ja auch Input vom Wiesbadener Statistischen Bundesamt ein. Die geben das Know-how von Deutschland in die Auseinandersetzung mit hinein. Aber da sind auch wir noch mal gefragt. Und darum haben wir ja auch die Anforderung gestellt, wie weit können wir uns, wenn



wir es dann national machen, an der Indikatorenentwicklung und auch an dem Prozess des Monitoring der Indikatoren beteiligen? Die sind ja nicht in Stein gemeißelt. Das zum ersten Punkt.

Der zweite Punkt war, die Bevölkerung für diese Fragen zu öffnen. Ich glaube, da sind es wirklich die harten Themen, über die wir das machen müssen, damit kapiert wird, warum globale Nachhaltigkeitsziele überhaupt eine Relevanz haben. Und da ist die Auseinandersetzung mit TTIP natürlich eine, der wir nicht ausweichen können, der wir auch in Deutschland nicht ausweichen dürfen. Und wenn dann Herr Müller, der Entwicklungsminister, sagt, er will lieber Fairhandel als Freihandel, dann haben wir ja schon einen Spannungsmoment in der Bundesregierung. Aber mit diesem Spannungsmoment müssen wir jetzt arbeiten, bei diesen konfliktären Situationen muss Deutschland Vorreiter sein, weil wir am stärksten von der internationalen Arbeitsteilung auch profitieren. Darum müssen wir ein Interesse daran haben, dass es da insgesamt globale Regelwerke, globale Orientierungen gibt, die dann auch von den anderen mit eingehalten werden. Sonst kommt wieder die deutsche Industrie und sagt, wir haben Wettbewerbsnachteile, weil wir hier ja so viel tun, und die anderen machen das alle nicht.

Um auf dieses Pingpong-Spiel, bezogen auf die Frage „global oder national“, einzugehen: Was ist denn da? Macht man Sonntagsreden auf der globalen Ebene und national etwas anderes? Ja, was machen wir jetzt mit der Energiewende und dem Kohleausstieg in Deutschland? Oder dem Einstieg in den Ausstieg in Sachen Kohle? Da müssen wir unterlegen, ob wir es mit der Energiewende wirklich ernst meinen. Und mit der globalen Energiewende, die jetzt offensichtlich die G7 miteinander verabredet haben. Dann muss aber auch Deutschland liefern. Also, das sind so die Dinge, die für die Glaubwürdigkeit ganz entscheidend sind.

Und dann will ich noch mal auf den Bildungsaspekt eingehen. Wir haben im Moment diesen Weltaktionsplan als Nachfolge zur Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“. Deutschland bzw. das BMBF hat am 9. Juni, also gerade eben, gesagt, was man machen will. Und da muss sich und wird sich die Zivilgesellschaft beteiligen. Und da sind Forderungen gestellt - ich kann das

jetzt nur kurz anreißen -, in dem Bereich muss man auch Capacity-Building betreiben. In den Ländern muss natürlich sehr intensiv gearbeitet werden. Das ist nicht nur ein Schulproblem, sondern da sind die außerschulischen Einrichtungen mitzunehmen in diesen Diskurs. Also, da ist irre viel zu tun, was sich aber nicht gleich kurzfristig niederschlägt. Bildung ist eine langfristige Investition. Das müssen wir auch sehen. Also, ganz schnell zu sehen, oh, das hat Effekt, das wird wahrscheinlich nicht sein. So viel will ich von meiner Seite im Moment sagen.

Vorsitzender: Danke schön. Herr Vedder.

Alois Vedder (WWF Deutschland): Ich fange einfach mal mit dem an, was mir, glaube ich, am meisten Spaß macht, die Frage mit dem Freihandelsabkommen, weil wahrscheinlich eine falsche Vermutung vorliegt. Der WWF gehört ja zu den Organisationen, die erst nach dem Ende einer Analyse und dem Abprüfen der noch offenen Fragen, kritisieren, was in so einem Abkommen drin sein müsste. Was müsste an Transparenz erfüllt sein? Denn dort müssten sozusagen nicht nur Umweltstandards erhalten werden, sondern auch die Vermeidung, dass Umweltstandards, die drin stehen, übergangen werden können. Wenn wir jetzt das fertige Kanada-Abkommen angucken, oder wie sich TTIP momentan darstellt, ist jetzt klar, das erfüllt es nicht, dann sind wir dagegen. Aber erst am Ende der Analyse und nicht am Anfang. Das heißt aber, wenn man die gleichen Leitplanken hier anlegt und vor allen die SDGs von ihrem Geist her und auch von einzelnen Zielen, müsste man das jetzt eigentlich abbrechen und noch mal von vorn anfangen. Ich meine, das sind globale Ziele, und nebenher laufen - als hätte das nichts damit zu tun - diese Verhandlungen, die viele Dinge untergraben, die auch Entwicklungsländer betreffen usw. Also, insofern müssten die SDGs solche Verhandlungen stoppen oder in ganz andere Bahnen lenken, die dann auch nicht nur Freihandel, sondern auch gleichzeitig fairen Handel bedeuten würden.

Das Gleiche gilt übrigens für einige andere Dinge. Ich kann mir nicht vorstellen, wenn diese SDGs so kommen und sie auch in Europa und in Deutschland umgesetzt werden, dass eine gemeinsame Agrarpolitik der EU noch einmal so aussehen



kann. Es ist eigentlich, wenn man es ernst nimmt, schlicht unmöglich. Wenn sie aber weiterhin möglich ist, dann haben wir jetzt bei der Weichenstellung für die Umsetzung einen Fehler gemacht.

G7 war noch als Stichwort gefallen. Ja, Herr Rebmann, Sie hatten mich direkt angesprochen. Wir waren in der Mitte derer, die gesagt haben, das war mehr als erwartet, und dazu stehen wir auch. Das ist so. Aber wenn man fragt: Was brauchen wir eigentlich? Was brauchen wir sozusagen, um unter 2 oder sogar 1,5 Grad zu kommen? Was brauchen wir - sagen wir mal - unterhalb der diplomatischen Grenzen? Da ist noch so viel Luft in der G7-Verlautbarung drin, und es wird zu wenig für den Planeten unternommen. Und noch erschütternder ist, wenn jetzt der G7-Aktionsplan mit dem Beschluss zur Kohle plötzlich komplett wieder aufgebrochen wird, zwei Tage danach. Das würde ich fast einen Skandal nennen.

Zu der Frage, ob der Umweltschutz nur drangeklebt ist: Das ist insofern schade, ich meine, auch uns war das nicht genug, so wie es in den 17 Zielen drin war. Unser wesentliches Bestreben war, nicht zu sagen, wir kämpfen für unsere einzelnen Umweltziele, sondern die Umwelt hat bei den SDGs für uns die Funktion, was kann Umwelt dazu beitragen? Sozusagen zu einer nachhaltigen Entwicklung, und wo wird Umwelt dafür gebraucht? Für andere Themen haben wir auch noch bei anderen Verhandlungen Platz. Und deswegen war es wichtig zu sagen: Was nutzt es, wenn wir hier ein schönes Umweltziel haben und im Ziel, wo es um Industrialisierung oder Wirtschaft geht, geht es genau in eine andere Richtung, Nichtsdestotrotz ist es, wie Thilo Hoppe schon richtig sagte, ein außerordentlich gutes Ergebnis. Und deswegen habe ich mich nur auf diesen Entwurf für die Schlussdeklaration jetzt bezogen, wo plötzlich die Gleichgewichte verschoben werden. Vorhin sah ich die drei Nachhaltigkeitsdimensionen auf Augenhöhe genannt, was jetzt ein bisschen ins Abdriften gerät. Und da hat man als Umweltschützer eigentlich schlechte Karten, weil Hunger und Armut, und das verstehe ich auch, vordringlich sind, und heute gelöst werden müssen.

Trotzdem müssen wir sagen, wir dürfen jetzt aber nicht die Grundlage dafür zerstören, dass in fünf oder zehn Jahren das auch noch funktioniert. Das

kann man nicht verantworten. Und das ist unser Anliegen zu sagen, es muss ein integriertes Konzept der drei Dimensionen sein. Wir wollen gar nicht, dass Umwelt über allem steht.

Habe ich alles beantwortet? Die Frage „Bildung“ war, glaube ich, noch übrig. Da kann ich nur sagen, wir arbeiten sehr intensiv daran. Wir versuchen, mit Universitäten, mit dem Bildungsministerium an Schulen ranzukommen. Sie glauben gar nicht, wie schwierig das ist. Und das am Ende der Dekade für Bildung für nachhaltige Entwicklung. Kann ich erst mal nur so als Analyse dastehen lassen. Wenn da Interesse besteht, meine Kollegin, die sich dafür einsetzt, ist für jedes Gespräch dankbar, wo sie auch noch Unterstützung finden kann.

Vorsitzender: Danke, Doktor. von Ruschkowski.

Dr. Eick von Ruschkowski (Naturschutzbund Deutschland e.V. (NABU)): Ich knüpfe mal an bei der Bildung für nachhaltige Entwicklung, weil dazu ich drei Mal konkret angesprochen worden bin. Ich würde das mal ein bisschen so bilanzieren: Ich habe in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre studiert, und damals war gerade diese Transformation der klassischen Umweltbildung in Richtung einer Bildung für nachhaltige Entwicklung. Das ist ein Prozess, der entstanden ist, der, glaube ich, auch sehr gut ist, dass man damals diese Komponente der Umweltbildung einfach um globale Perspektiven insbesondere im Zusammenhang der Entwicklungszusammenarbeit erweitert hat.

Wenn ich heute die Praxis beobachte, so glaube ich, muss man sagen, dass damals ein fundamentaler Fehler begangen worden ist. Es ist seit vielen Jahrzehnten bekannt. Es gibt etwas, das nennt sich „soziales Dilemma“. Wir wissen, dass Wissen eventuell zu Veränderungen von Einstellungen führt, aber noch lange nicht zu Veränderungen des praktizierten Handelns. Und man hat damals einfach dieses Dilemma, was wohlwissentlich in der Soziologie bekannt ist, übergangen. Und vor diesem Dilemma stehen wir nach wie vor heutzutage. Deswegen hätte ich Ihnen, Herr Lenz, gern innovative Ansätze genannt, wie wir an der Stelle weiterkommen. Aber wir treten ehrlich gesagt so ein bisschen auf der gleichen Stelle wie vor 20



Jahren auch schon, dass wir die Überwindung dieses Dilemmas bis heute nicht in unser eigenes Handeln aufnehmen. Ich sage dies auch mal relativ selbstkritisch für unsere eigene Bildung, die wir betreiben. Wir sagen ja auch immer noch, wir informieren die Leute, und hinterher wird alles besser. Und wir wissen eigentlich, es wird nicht alles besser, sondern es bleibt wie bisher. Also, von daher muss ich heute Abend leider eingestehen, ich habe jetzt auch nicht den großen Wurf als Lösung. Aber wir müssen es zumindest einfach mal sehen, dass eine Sache, die aufgelöst werden müsste aus meiner Sicht, ist, dass im Zuge der Implementierung von BNE insbesondere, das sehe ich zumindest in den Schulcurricula, das lokale Wissen völlig verloren geht. Also, wir haben zwar jetzt die globale Perspektive, was ich, wie gesagt, sehr begrüße, auf der anderen Seite fehlt die lokale Komponente inzwischen fast komplett. Das heißt, wir haben da ein riesiges Defizit, um diese Handlungskompetenzen überhaupt zu vermitteln an der Stelle. Ich will das mal an diesem Punkt belassen, weil ich glaube, über Bildungspolitik könnte man trefflich einen ganzen Abend diskutieren, und so viel Redezeit bekomme ich hier nicht, und ich will sie mir nicht ausbedingen an dieser Stelle.

Die andere Frage, die ich jetzt noch beantworten würde, wäre die Frage zur Kohärenz von SDGs und wo insbesondere noch Handlungsmöglichkeiten auch im parlamentarischen Rahmen bestehen. Da würde ich einfach sagen, dass ganz konkret geschaut werden müsste, wo die Konflikte bestehen: Sowohl zwischen den Zielen an sich als auch zwischen den Absichten und dem politischen Handeln. Es ist eben die EU-Agrarpolitik genannt worden. Ich glaube, dass es sehr viele verschiedene Instrumente gibt, wo man steuern kann. Ich glaube ganz konkret, auch für die Parlamentarier des Deutschen Bundestages ist es ganz interessant, wenn Sie bei den Haushaltsverhandlungen einfach mal so in die Einzeljets der Ressorts schauen, wenn man zum Beispiel feststellt, dass im letzten Jahr im BMBF-Ressort der Bereich „sozialökologische Forschung“ überproportional stark eingekürzt worden ist. Da muss man an der Stelle einfach sagen, dass wahrscheinlich das Handeln der einzelnen Häuser nicht den Ansätzen der Nachhaltigkeitsstrategie entspricht. Und das sind einfach Dinge, da kann ich Ihnen auch keine

Lösung vorschlagen, weil Sie die besseren Parlamentarier sind als ich. Aber wahrscheinlich ist es einfach so, dass man sich sowohl im Haushalt und als auch in der Gesetzgebung verschiedene Kriterien in Sachen Nachhaltigkeit überlegen müsste, auf die man die Gesetzgebung und den Haushalt überprüft. Das passiert in Teilen ja schon. Aber da müsste man wahrscheinlich zu einem strengeren Kriterienset kommen an der Stelle, um zu sagen, sowohl die Gesetzgebung als auch die Verwendung von Haushaltsmitteln werden einem strengen Nachhaltigkeitscheck, der alle drei Dimensionen von Nachhaltigkeit beinhaltet, unterzogen.

Vorsitzender: Vielen Dank. Dann Herr Hauschild.

Tobias Hauschild (Oxfam Deutschland e.V.): Ja, ich würde gern noch mal auf die Frage der Konferenz von Addis Abeba und auf das Outcome von Addis Abeba eingehen. Es ist natürlich so, dass gerade die 0,7 Prozent-Frage einfach einen hohen Symbolcharakter hat. Natürlich darf man Entwicklungsfinanzierung nicht allein auf ODA beschränken, aber ODA oder die 0,7 Prozent-Verpflichtung ist die eindeutigste und klarste Verpflichtung für internationale Solidarität seitens der Industrieländer, wenn es darum geht, arme Länder zu unterstützen. Insofern hat das einen hohen Symbolcharakter, und wenn ein entsprechender Passus Eingang finden würde in das Addis Abeba-Konferenzdokument, würde das natürlich auch einen gewissen Push geben, weil man sieht, dass die Industrieländer auch dahinter stehen. Das heißt nicht auf der anderen Seite, dass die vereinte Verantwortung von Entwicklungsländern nicht genauso wichtig ist. Es gibt zum Beispiel für den Gesundheitsbereich oder für den Bildungsbereich bestimmte Zielgrößen, wie viele Prozentteile eines nationalen Haushalts eigentlich dafür eingesetzt werden sollten. Das ist genauso wichtig, auf jeden Fall. Aber wie gesagt: Eine gewisse Dynamik muss halt in die Verhandlung reinkommen, und die kommt natürlich dann auch durch relativ ambitionierte Zusagen. Und die sind im Moment eben nicht zu sehen. Und wenn man das Ganze auf 2030 verschiebt, also auf den Sankt Nimmerleinstag, dann macht man sich vollkommen ungläubwürdig. Das heißt, wenn man das als Lackmustest sieht, dann ist es eine Schwierigkeit, die so nicht aufzulösen ist. Und ich denke, es ist wichtig, - ich



glaube, für Addis Abeba ist das Kind schon tatsächlich in den Brunnen gefallen- dass man tatsächlich auf nationaler Ebene selbst tätig wird und sich nicht hinter diesem EU-Beschluss versteckt, sondern tatsächlich sagt, okay, wir brauchen ambitionierte Ziele bis 2020: die 0,7 Prozent. Großbritannien hat das auch geschafft. Warum schaffen wir das nicht?

Die zweite Frage war zum Themenkomplex „Steuerhinterziehung“. Also, es gibt Schätzungen, dass den Entwicklungsländern jährlich durch die Steuerermeidung transnationaler Unternehmen rund 100 Milliarden Dollar verloren gehen. Das ist ziemlich viel. Das entspricht fast der gesamten öffentlichen weltweiten Entwicklungshilfe. Also ein riesiges Potential, und das ist nur die Steuerermeidung von Unternehmen, da geht es nicht um Einzelpersonen. Da liegen die Beträge teilweise noch höher. Und es geht auch nicht um Steuererleichterungen. Also, es ist ein riesiges Potential in diesem ganzen Steuerbereich. Jetzt ist es so, dass dankenswerter Weise viel getan wird im Rahmen der G20. Es gibt dieses Base Erosion Profit Shifting, so heißt der Prozess, mit dem Ziel, Gewinnverlagerung, Gewinnkürzung von Unternehmen zu verhindern. Es ist aber einfach so, und das liegt in der Natur der Sache, wenn Entwicklungsländer nicht mit am Verhandlungstisch sitzen, dann werden nicht automatisch, obwohl dieser Eindruck teilweise suggeriert wird, deren Interessen mit berücksichtigt.

Ein wichtiger Punkt ist zum Beispiel die Ausgestaltung von Doppelbesteuerungsverträgen. Also, wo die Steuerrechte liegen. Die sind häufig nicht unbedingt zum Vorteil der Entwicklungsländer. So etwas gehört auf die Agenda. Aber damit so etwas tatsächlich auf die Agenda gesetzt wird, muss es auch Verhandlungen auf Augenhöhe geben, ansonsten bleibt dieser Aspekt zu sehr ausgespart.

Also wiederum der Appell: Tatsächlich auf diesen Aspekt von Global Governance und auf den Beitrag der Bundesregierung zu Global Governance einer inklusiven Global Governance einzugehen, und eine Aufwertung der Vereinten Nationen auch zum Beispiel im Steuerbereich wirklich auf die Agenda zu setzen.

Noch ein kurzer dritter Punkt. Es geht um die Rollenverteilung bei der Bildung für nachhaltige Entwicklung. Wie gesagt, es ist relativ schwer, das umfassend zu beantworten. Ich denke, was die Millennium Development Goals-Erfahrung lehrt, ist, dass man daran arbeiten muss, wie man das Ganze einfach in der Gesellschaft verankern kann. Wir haben häufig als Oxfam auch Umfragen gemacht, wer eigentlich die MDGs kennt. Und die Ergebnisse waren sehr ernüchternd. Und die Frage ist: Wie kriegen wir das mit Sustainable Development Goals anders hin? Und dafür muss diese Debatte - und ich weiß auch nicht wie, aber das ist natürlich der Anspruch - raus aus dem Umwelt- und Entwicklungskreis. Das ist nicht nur eine Umwelt- und Entwicklungsdebatte, das muss in alle Ausschüsse. Das muss in alle Ministerien. Wir brauchen starke, auch öffentlichkeitswirksame Überprüfungsmechanismen, so dass dies in anderen Politikbereichen tatsächlich eine Rolle spielt. Sie wissen wahrscheinlich besser, welche Rolle die SDGs in anderen Politikbereichen spielen, aber ohne eine Aufwertung der SDGs in diesen Politikbereichen wird uns das nicht gelingen.

Vorsitzender: Danke und dann Herr Hoppe.

Thilo Hoppe (Brot für die Welt, Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung e.V.): Ich fange mit Addis Abeba an, weil das die Konferenz ist, die unmittelbar bevorsteht, Anfang Juli. Unmittelbar vor dieser Anhörung habe ich einen Anruf bekommen vom BMZ, von denjenigen, die da auch mit verhandeln und die die Verhandlungen in New York mit begleiten. Sie sagen, es sieht ziemlich schlecht aus momentan. Sie sind sehr besorgt, weil es momentan einen Entwurf gibt mit ganz vielen eckigen Klammern und ganz viel Streit. Nicht nur um die ODA, sondern es gibt auch Streit im Lager der G77, die sich momentan gerade zerlegen und nicht mehr verhandlungsfähig sind. Die Befürchtungen sind groß, dass es zu einem Desaster kommt, was dann negativ zurückschlägt auch auf die SDG-Verhandlungen in New York. Verbunden noch mal mit einem Appell, das hat schon der Kollege Hauschild deutlich gemacht: 0,7 Prozent, ich sage es noch einmal, es sieht nicht gut aus, dass die Industrienationen als Ganzes sich zu irgendetwas Wichtigem verpflichten. Weil einige Staaten, die bisher immer sehr gute Performer waren, wie Finnland, momentan



in den Rückwärtsgang schalten und ihre ODA-Ausgaben richtig drastisch reduzieren. Andere sind momentan auf einem guten Weg. Deutschland hat beschlossen, 2016 1,28 Milliarden Euro mehr einzustellen für die ODA-Mittel. Das ist ein beachtlicher Aufschwung und Aufsprung. Da könnte Deutschland eigentlich noch ein ganz bisschen mutiger sein und tatsächlich einen ODA-Aufholplan vorlegen und deutlich machen, bis 2020, - das ist ja auch in Ihrem Papier drin, in Ihrem Beschlussentwurf. Das könnte Deutschland schaffen. Das ist nicht utopisch, weil man dann 2016 schon so einen großen Sprung gemacht hätte. Wenn man im gleichen Tempo weitermachen würde, müsste das darstellbar bis 2020 zu erreichen sein.

Da ich Bärbel Kofler sehe: In der letzten Wahlperiode hatten wir, der Kollege Holger Haibach von der Union, Harald Leibrecht von der FDP, Heike Hänsel von den Linken, Bärbel von der SPD und ich von den Grünen, eine interfraktionelle Initiative gestartet. Und 60 Prozent aller Parlamentarier in der letzten Wahlperiode hatten sich dazu verpflichtet, alles dafür zu tun, dass jedes Jahr 1,2 Milliarden Euro mehr ODA-Gelder eingestellt werden. Jetzt sehen wir im Prinzip einen Erfolg, dass es 2016 passiert. Wenn es in dem gleichen Tempo weitergehen würde, dann käme Deutschland dem 0,7 Prozent-Ziel bis 2020 nahe und erreicht es vielleicht. Kann sein, dass es bis 2021 wäre. Es ist darstellbar, und es ist realistisch. Und deshalb müsste jetzt einmal ein Appell aus dem Parlament kommen, weil ja Anfang Juli auch der Haushaltsentwurf vorgelegt wird. Das trifft alles zeitlich nahe zusammen.

Aber es gibt noch eine andere ängstigende Entwicklung in Addis Abeba. Und zwar gibt es den Vorschlag, ODA-Mittel verstärkt einzusetzen, um Privatinvestitionen anzulocken. Einerseits ist das mit der Hebelwirkung nachvollziehbar. Das führt aber zu folgender verhängnisvollen Tendenz: Privatinvestitionen lohnen sich besonders in etwas stärkeren Ländern, in Middle Income Countries, in Schwellenländern. Dann fließen also noch mehr ODA-Mittel in die etwas reicheren Länder, und die LDC werden ganz abgehängt. Es gab von Burundi einen fast tränenrührenden Appell: Wenn Ihr das jetzt macht, ODA verstärkt einzusetzen und Privatinvestitionen irgendwie anzulocken

und abzusichern, dann werden wir ganz abgehängt. Und das ist der Streit momentan zwischen den G77-Ländern einerseits, die diese Foreign Direct Investments und mehr ODA in die Richtung unterstützen, und den Ärmsten andererseits, die sich mit Händen und Füßen dagegen wehren. Deswegen sind die kaum mehr verhandlungsfähig. Das ist noch ein anderer Konfliktpunkt, der in Addis Abeba eine Rolle spielt.

Zu der Frage von Peter Meiwald: „Brot für die Welt“ unterstützt zum Beispiel NGOs, damit sie an diesem Prozess teilnehmen können, überhaupt die Reisekosten finanzieren können, um nach Addis Abeba zu fahren. Die Vereinten Nationen geben ihnen ja Möglichkeiten, ziemlich gute Möglichkeiten, mitzusprechen in diesen Major Groups, aber sie finanzieren das nicht. Da gibt es einen Fonds, da zahlt auch Deutschland ein. Aber ich habe jetzt gehört, dass eine Bedingung ist, sich auf die Vorschläge dieser Expertenkommission zu beziehen, in der auch Herr Cloppenburg und andere dabei sind, und nicht auf den Vorschlag, der von der UN direkt kam. Das wäre natürlich eine inhaltliche Einflussnahme, die nicht ganz korrekt ist. Ob das stimmt, weiß ich nicht. Aber es ist einfach notwendig. Es gibt gute NGOs, die aber bettelarm sind und kaum die Möglichkeit haben, die Flugkosten, die Unterbringung bei solchen Konferenzen, zu bezahlen. Sie zu unterstützen, ist lohnenswert.

Ganz zum Schluss noch: Herr Lenz und Frau Menz haben beide zum Thema „Freihandel“ Stellung genommen, aus ganz unterschiedlichen Perspektiven. Ich würde mich da den Worten von Herrn Alois Vedder anschließen. Man kann Handel freier und fairer gestalten. Es ist nicht von vornherein ein Widerspruch. Aber da müssen diese Verträge ganz anders ausgestaltet sein. Es muss möglich sein für Entwicklungsländer, mit Hilfe der Entwicklungshilfe, einen Wirtschaftszweig aufzubauen, wie zum Beispiel Ghana mit der Tomatenzucht. Dann aber kam unglaublich viele Tomatenpaste aus Italien und aus Europa. Das hat die Märkte wieder zerstört. Sie wollten die Zölle leicht anheben, um ihre eigene Tomatenzucht und den Agrarsektor zu schützen. Es ist ihnen verwehrt worden, sogar unter Androhung, dass die Entwicklungshilfe gestrichen wird. Also, solche Mechanismen gehen nicht. Das ist nicht



fair. Also, es muss schon auch Freihandel geben, aber es muss Schutzmechanismen geben im Sinne des Rechts auf Nahrung. Gerade sensible Bereiche - und das gab es in der Europäischen Union auch - müssen in den Verträgen abgesichert werden können.

Dass die SDG-Agenda umgesetzt werden muss, ist klar. Aber nicht mit den Worten „SDG“ und mit vielen anderen Vokabeln. Da müssen Sie auch sehr kreativ sein, aber nicht nur vom Wording her, sondern wir müssen versuchen, in der Bevölkerung eine Begeisterung zu entfachen. Das wird nicht so einfach sein. Denn die Umsetzung der SDGs ist auch mit nachhaltigerem Konsummuster und dem bösen Wort „Verzicht“ in einigen Bereichen verbunden. Dafür Begeisterung zu entfachen, das ist eine riesige Herausforderung, die aller Mühe wert ist.

Vorsitzender: Ja, Herr Hoppe, meine in der Tat sehr geehrten Herren. Herzlichen Dank. Eine Punktlandung: 19.30 Uhr. Wir sind ein leuchtendes Beispiel für pünktliche Zielerreichung. Ich finde, wir finden, dass hier vieles zusammengekommen ist, was wir jetzt weiter aufarbeiten. Wir werden schon morgen mit den Berichterstattern zusammenkommen, um eine erste Auswertung dieser Anhörung vorzunehmen. Ihnen ein herzliches Dankeschön.

Ich glaube, wir können ganz grundsätzlich mitnehmen, dass wir aus Ihren Stellungnahmen heraushören, dass wir auf einem guten Weg sind, aber dass es schon jetzt eben gilt, auf der Zielgeraden hier noch wichtige Punkte zu machen, damit wir am Ende einen Erfolg bekommen. Wir wollen unseren Beitrag dazu leisten. Wir werden uns dafür engagieren, dass das auch der Bundestag insgesamt tut und das Parlament hier eine wichtige Rolle spielt. Ihnen ein herzliches Dankeschön.

Ich schließe damit die öffentliche Sitzung, die öffentliche Anhörung. Wir haben noch eine interne Sitzung, die Leitung wird Professor Castellucci übernehmen. Ich selbst muss wegen einer Veranstaltung der Deutsch-Französischen Parlamentariergruppe weitergehen. Ich will mich nur ganz zuletzt noch bei all jenen bedanken, die dafür gesorgt haben, dass unser Auftritt auf der Jahrestagung des RNE als Parlamentarischer Beirat auch zu einem Erfolg geworden ist und viel Resonanz gefunden hat. Ich will nennen das Sekretariat, namentlich Frau Hollstein, die bei der Bundestagsverwaltung durchgekämpft hat, dass wir nach vielen Jahren des Drängens endlich einen eigenen Stand bekommen haben, mit dem wir uns präsentieren können. Der ist auch sehr schön und ansprechend geworden. Danke dafür.

Ich will mich bedanken bei Herrn Bachmann, der vermutlich dafür gesorgt hat, dass eben dieser Stand günstig und prominent platziert war. Nämlich direkt neben der Versorgungsstation, was uns automatisch noch einige Interessenten zugeführt hat. Und ich darf mich bedanken bei den Mitarbeitern des Sekretariats, aber auch bei den Abgeordneten-Mitarbeitern, da sind ja auch einige heute da, die die Betreuung übernommen haben und viele Gespräche geführt haben. Allen ein herzliches Dankeschön. Es war für uns eine tolle Chance, und ich glaube, auch in der Umsetzung gut, dass wir uns präsentieren konnten. Und dann darf ich übergeben an Lars Castellucci.

Alois Vedder (WWF Deutschland): Das hat nichts mehr mit dem Thema zu tun. Die WWF-Night ist heute Abend, und ich lade alle ein, auch die, die sich nicht angemeldet haben, im Anschluss an welche Sitzung auch immer, noch rüber zu kommen in die Kalkscheune. Sie werden mit Sicherheit eingelassen.

Schluss der Sitzung: 19:35 Uhr

Andreas Jung, MdB
Vorsitzender

Deutscher Bundestag
Parlamentarischer Beirat
f. nachhaltige Entwicklung

Ausschussdrucksache
18(23)43-2 (neu)



Vorreiter - Ambition - Beteiligung

"Post 2015-Prozess: Nachhaltige Entwicklungsziele,,

Klaus Milke

Vorsitzender von Germanwatch
zur Öffentlichen Anhörung

des Parlamentarischen Beirats für nachhaltige Entwicklung
am 10. Juni 2015

Stand
5-6-15

Das Jahr der Gipfel und der Nachhaltigkeit



1

- **Alle** Staaten sind mit Post-2015 und den globalen Nachhaltigkeitszielen (den SDG) gemeint, auch die Industrie- und Schwellenländer.
- Also auch Deutschland (als **Entwicklungsland D**) und die EU mit ihren Fehlentwicklungen und falschen Konsum- und Produktionsmustern.

2

- Es geht mit den SDG um mehr als die Umsetzung der Millennium Development Goals (MDG), - gleichwohl aber auch um die **Weiterverfolgung der MDG für die Entwicklungsländer und die ärmsten Staaten.**
- Im Rahmen einer **Globalen Partnerschaft** wird das Prinzip CBDR (Common But Differentiated Responsibilities) ergänzt um den Grundsatz „**Taking into account national circumstances**“ (vgl. Lima) , womit neben der Vergangenheit auch die aktuellen und zukünftigen Dynamiken abgebildet werden. Die alte Nord-Süd-Einteilung ist nicht mehr zielführend und muss überwunden werden.

3

- Nachhaltige Entwicklung, **Entwicklung und Umwelt** – Kampf für globale Gerechtigkeit und die Beachtung der planetaren Grenzen - gehören unabdingbar zusammen, - genau dafür steht der Post-2015-Prozess.
- Die Bundesregierung insgesamt ist gehalten, hierfür weiterhin vollen Einsatz und **Ambition** zu zeigen und die Nachhaltigkeitsbemühungen mit den „**harten**“ **politischen Themen** zu verknüpfen.
- Hier geht es um Energie-, Agrar/Ernährungs- und Mobilitätswende, um die Einwanderungs- und Flüchtlingsproblematik, die sozialen Fragen in D, den Ressourcenschutz, die Rohstoff- und Finanzmärkte und Handelsfragen (TTIP)

4

- BMUB und BMZ haben in New York zusammen mit den Diplomaten von F und CH gegen viele Widerstände für eine **hohe Ambition** und den derzeitigen Verhandlungstand verhandelt.
- **Gleichwohl sind die NGOs nicht mit allem zufrieden.** Sie meinen aber, dass das Niveau der OWG vom Juli 2014 gehalten werden muss und die Verhandlungen zu den 17 Zielen und 169 Unterzielen nicht mehr neu aufgemacht werden dürfen.

5

- Es gibt in dem vorbenannten Rahmen ein Junktim gleichzeitiger und in diesem Jahr 2015 drängender Prozesse und Ereignisse: **Verabschiedung der SDG - Gipfel Finance for Development in Addis Abeba - Klimagipfel in Paris**, - um nur drei zu nennen.
- Gerade den **Means for Implementation**, der ODA-Debatte und auch den Mitteln für Klimaschutz und -anpassung kommt große Bedeutung zu.
- Nur **einen** Prozess davon voran zu bringen, reicht nicht aus. Dies muss die Bundesregierung in den weiteren vor uns liegenden Verhandlungen und z.B. bei der Unterstützung von Evaluierungs- und Monitoringsvorhaben beachten.

6

- Die deutsche Bundesregierung hat eine **besondere Verantwortung** und sollte für eine Förderung der internationalen Prozesse alle unterstützenden Gelegenheiten nutzen.
- Die Kanzlerin und auch der Vizekanzler sollten die SDG und ihr derzeitig hohes Ambitionsniveau im G7-Kontext und im Kontext der EU-Politik ansprechen und die **G7 und auch die G20** dahinter stellen.
- Die Bundesregierung sollte sich bei der EU-Kommission für eine **Neuaufgabe einer EU-Nachhaltigkeitsstrategie** einsetzen.
- Eine Verschränkung der Bemühungen auf Bundesebene mit der **kommunalen und Länderebene** ist unumgänglich.

7

- Deutschland sollte **Vorreiter** sein, **so rasch wie möglich auf hohem Niveau** (Stand der OWG vom Juli 2014) mit der Umsetzung der **SDG in und für Deutschland zu beginnen**. Die globalen Indikatoren müssen nach ihrer Festlegung im März 2016 berücksichtigt werden.
- Dies hätte eine wichtige **Beispielfunktion** für andere Industriestaaten.
- Eine Strategie (mit Maßnahmenplan und Monitoring) zur **Umsetzung der SDG in Deutschland** ist zu entwickeln (**Nationaler Aktionsplan?**)
- Die direkte zeitliche und inhaltliche **Verknüpfung mit der für 2016 vorgesehenen Fortschreibung der deutschen NH-Strategie** ist unbedingt anzustreben.

8

- Starke **Partizipation** der **Zivilgesellschaft** (insbesondere auch bei der Entwicklung der Indikatoren) und Einbeziehung des **Parlaments** bei der Erstellung eines nationalen Aktionsplans, eine **Stärkung und Einbeziehung des PBnE*** - dies sind wichtige Elemente bei einer Umsetzung der SDG in Deutschland.
- Ein **Bericht zur SDG-Lage der Nation**, der im Parlament jährlich diskutiert wird, sollte die existierende deutsche Nachhaltigkeitsarchitektur ergänzen.
- Es ist ratsam, eine materielle **NH-Prüfung der Gesetze** und eine **Nachhaltigkeitsfolgeabschätzung** zu etablieren.

* Verstetigung des PBNE, PBnE in die Geschäftsordnung des Bundestages

9

- Eine gute **Kommunikation** über die Relevanz der SDG für Deutschland,
- eine massive Verstärkung der **Bildung für nachhaltige Entwicklung** und
- nicht zuletzt auch die Verknüpfung mit anderen relevanten Prozessen, wie z.B. der Umsetzung der **UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte mit einem ambitionierten nationalen Aktionsplan** in D sind unabdingbar für eine erfolgreiche und glaubwürdige Implementierung in der Bundesrepublik Deutschland.

10

- Deutschland muss zeigen, dass es die **Energiewende** kraftvoll voran bringt. Dieses **Transformations**projekt wird von außen aufmerksamst beobachtet und es ist von hoher globaler Relevanz. Bekommen wir in unserem Land neben dem Konsens aus der Nuklearenergie auszusteigen auch einen konsensualen Prozess für einen Ausstieg aus der Kohle hin? Auch der Abbau der fossilen Subventionen ist hier zu nennen.
- Die **G7-Beschlüsse** sind hier eine große Unterstützung
- Hier sind alle Teile der Gesellschaft, aber gerade auch die Gewerkschaften besonders gefragt. Wenn das Industrie- und Ingenieursland Deutschland es nicht hinbekommt, werden andere Staaten es gar nicht erst versuchen. Dies ist ein **Lackmustest** für die SDG in und für Deutschland.

*Unsere Kinder könnten es nicht begreifen,
würden wir die Chancen der aktuellen
Situation nicht nutzen.*

DANKE FÜR DIE AUFMERKSAMKEIT!

milke@germanwatch.org
www.germanwatch.org

ANHANG

Die 17 Nachhaltigkeitsziele bis 2030 – Vorschlag der Offenen Arbeitsgruppe

- Ziel 1 - Armut beenden
- Ziel 2 - Ernährungssicherheit, nachhaltige Landwirtschaft
- Ziel 3 - Gesundheit
- Ziel 4 - Bildung
- Ziel 5 - Geschlechtergerechtigkeit
- Ziel 6 - Wasser- und Sanitärversorgung
- Ziel 7 - Nachhaltige Energie
- Ziel 8 - Wirtschaft und menschenwürdige Arbeit
- Ziel 9 - Infrastruktur, Industrialisierung, Innovation
- Ziel 10 - Abbau von Ungleichheiten in und zwischen Staaten
- Ziel 11 - Nachhaltige Städte
- Ziel 12 - Nachhaltiger Konsum und Produktion
- Ziel 13 - Klimawandel
- Ziel 14 - Ozeane und maritime Ressourcen
- Ziel 15 - Land-Ökosysteme, Wälder, Biodiversität
- Ziel 16 - Inklusivere Gesellschaften, Zugang zum Recht, rechenschaftspflichtige Institutionen
- Ziel 17 - Umsetzungsmittel, Globale Partnerschaft

KOMMUNIKATION

EU: Six key messages on communicating the Post-2015 Agenda

- End poverty and hunger, ensure dignity
- Empower People, fight inequality, achieve gender equality and ensure quality education and a good and healthy life for everyone
- Promote inclusive and sustainable growth, shared prosperity and decent work for all and achieve sustainable lifestyles for all
- Respect planetary boundaries: fight climate change, protect and restore ecosystems and sustainably use natural resources
- Protect and promote human rights - ensure peace, good governance, promote democratic and participatory institutions, rule of law and access to justice
- Establish and actively pursue a new global partnership-across all countries and of all stakeholders to implement the agenda



Deutscher Bundestag

Parlamentarischer Beirat
f. nachhaltige Entwicklung

Ausschussdrucksache

18(23)43-3-A

Sitzung des PBNE des Bundestages zum Thema "Post 2015"-Prozess, 10.06.2015

Alois Vedder, Leiter Politik

Einbindung der Zivilgesellschaft

1. New York

- bisher vorbildlich, obwohl ohne offizielle Regeln
- großes Kompliment an Co-Chairs, UNDESA, NGLS
- Luft wird jetzt dünner, MS wollen mehr unter sich sein

2. Deutschland

- regelmäßiger Austausch gut, bleibt aber sehr allgemein
- beste Phase, als deutsche Position diskutiert wurde
- Austausch BR zur SDG-Umsetzung bisher mangelhaft

Verhandlungsstand: Lob, Kritik, Vorschläge

Einerseits positiv:

- Neuer Zero Draft = ehrgeiziger Entwurf, der den integrierten Charakter der Herausforderungen betont

Aber auch Kritik:

- 3. Satz in der Einleitung macht Armut zum alles dominierenden Thema – so isoliert gesehen ein Rückschritt, da Armut bei zunehmenden Umwelt- und Naturkrisen nie überwunden werden kann
- Umweltschutz an mehreren Stellen wie „drangeklebt“
- Der Grund für 9 Kernthesen erschließt sich nicht

Nach dem SDG-Beschluss: Die Umsetzung

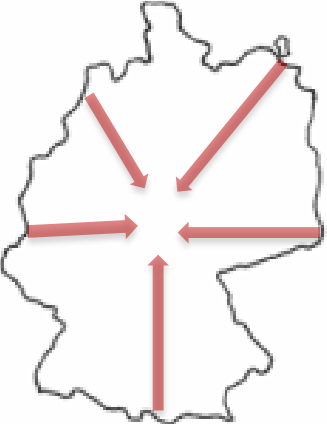

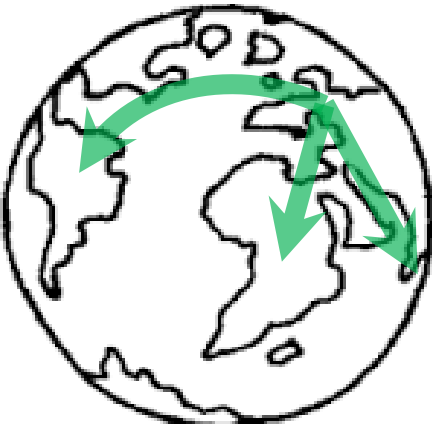
International

- Verbindlichkeitskaskade von national (verbindliche Überprüfung) über regional (Peer Reviews) bis global (Gesamtzielüberprüfung VN-Ebene)
- Berichtspflicht aller für alle Ziele und Indikatoren

Deutschland

- a) Zu allen Indikatoren berichten, b) Schwerpunktziele/-indikatoren für wichtige + schwierige (übergr.) Themen
- Ziel setzen und überprüfen auf 3 Ebenen: 1. innerhalb Deutschlands, 2. internationaler „Fußabdruck“, 3. Unterstützung Entwicklungsländer

Überprüfungsmatrix für NNS Deutschland

3 Kategorien →	in DE	durch DE	mit Hilfe DE
			
2 Detail-ebenen:			
→	Zu allen auf VN-Ebene beschlossenen Indikatoren berichten		
→	NNS-Indikatoren zu schwierigen + übergreifenden Themen		

Auf dem Weg zur Umsetzung

- Ab sofort Zivilgesellschaft am Umsetzungsdesign systematische und intensiv beteiligen
- NH-Strukturen verbessern und stärken, vertikale und horizontale Integration endlich verbindlicher machen
- Die notwendigen Kapazitäten zum professionellen Umsetzungsmanagement bereitstellen
- Nachhaltigkeit muss in allen Bereichen verbindlich werden, Nachhaltigkeitsstaats-Prinzip in die Verfassung

PBNE-Stellungnahme

- hohe Übereinstimmung mit WWF-Position
- „stärkere institutionelle Verzahnung von NH“ wichtig, sollte noch schärfer formuliert und konkretisiert werden
- Ambitioniertes Vorgehen nicht nur wegen Vorreiterrolle sondern v. a. wegen übermäßigem „planetaren Verbrauch“
- „internationale Auswirkungen“ nicht nur auf EZ, sondern vor allem auf „Fußabdruck“ außerhalb DE beziehen
- CBDR ist vermintes Gelände, eher Option 2. mit Einschub „wg. historischer und aktueller Verantwortung“

Zukünftige Rolle PBNE

- PBNE muss eine gestärkte Rolle innerhalb einer klaren, verbindlichen Umsetzungsarchitektur bekommen.
- PBNE muss auf den Weg zum parlamentarischen „Watchdog“ mit Veto-Vollmacht gebracht werden. Diese einklagbare Rolle schützt ihn vor politischen Eingriffen.
- PBNE muss mit finanziellen und Know-How-Kapazitäten ausgestattet werden, um Rolle wahrnehmen zu können.
- So bietet PBNE auch die Chance zur politischen Profilierung und mehr Einfluss engagierter Mitglieder.



DANKE!



Deutscher Bundestag
Parlamentarischer Beirat
f. nachhaltige Entwicklung

Ausschussdrucksache
18(23)43-3-B

UNSERE ZUKUNFT SICHERN

Wir können nur dann die Armut auf der Welt erfolgreich bekämpfen und gesunde Volkswirtschaften erreichen, wenn die Umwelt geschützt wird, wenn Ökosysteme, die für das Leben und Wohl der Menschen wichtig sind, erhalten werden und wenn der Klimawandel und seine Folgen eingedämmt werden.

Die führenden Politiker der Welt müssen sich auf dem UN-Gipfel im September 2015 auf verbindliche Ziele für alle Länder einigen, um für Mensch und Planet eine gesunde, gerechte und nachhaltige Zukunft zu sichern. Die Welt braucht eine **Post-2015-Agenda für nachhaltige Entwicklung**.

Der WWF ist überzeugt, dass die Staaten und Völker dieser Welt die 17 nachhaltigen Entwicklungsziele (Sustainable Development Goals, SDGs) und die dazugehörigen Zielvorgaben gemeinschaftlich erreichen können. Wenn die Post-2015-Agenda Erfolg haben soll, muss klar sein, dass soziales und wirtschaftliches Wohl vom nachhaltigen Umgang mit der Natur abhängt.

UNSERE UMWELT: ENG VERKNÜPFT MIT DEM MENSCHLICHEN WOHL

2 MRD. MENSCHEN



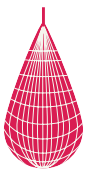
Waldökosysteme bieten Quartier, Lebensgrundlage, Wasser, Brennstoff und Nahrung für mehr als 2 Mrd. Menschen, darunter 350 Mio. der Ärmsten der Welt.

200 FLUSSEINZUGSGEBIETE



In über 200 Flusseinzugsgebieten leiden rund 2,67 Mrd. Menschen jährlich mindestens einen Monat lang unter erheblicher Wasserknappheit.

21 BILLIONEN US-DOLLAR



Marine Ökosystemleistungen machen einen Gegenwert von jährlich 21 Billionen US-Dollar aus. Der Fischereisektor bietet über 260 Mio. Arbeitsplätze. Davon entfallen 50 Mio. auf kleine und handwerkliche Fischereibetriebe.

1/3 DER GRÖSSTEN STÄDTE



Ein Drittel der weltweit 100 größten Städte bezieht ihr Trinkwasser aus Schutzgebieten.

15 % TIERISCHES EIWEISS



15 % des tierischen Eiweißes in unserer Ernährung stammen aus der Fischerei (in vielen der am wenigsten entwickelten Länder Afrikas und Asiens über 50 %). Dabei sind 90 % der Fischbestände längst überfischt oder gerade an der Grenze zur Überfischung.

WASSERKRAFT, SÜSSWASSER UND FISCHEREI AM BEISPIEL DES MEKONG

60 MILLIONEN

Das untere Mekongbecken liefert Wasser, Nährstoffe, Fisch und andere aquatische Ressourcen für mehr als 60 Millionen Menschen in Kambodscha, Laos, Thailand und Vietnam.

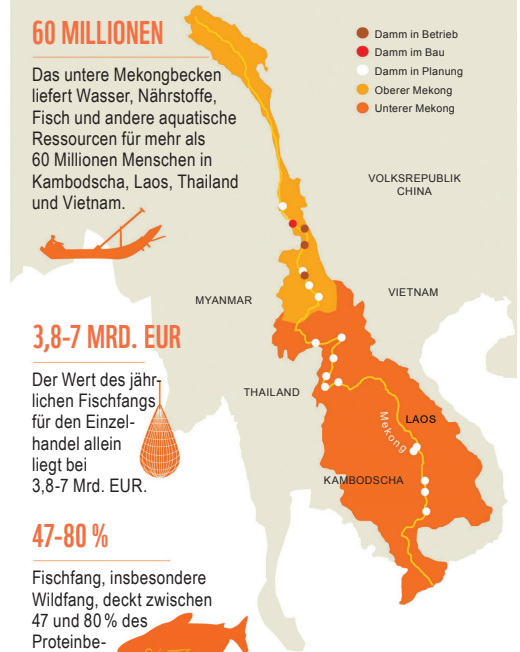


3,8-7 MRD. EUR

Der Wert des jährlichen Fischfangs für den Einzelhandel allein liegt bei 3,8-7 Mrd. EUR.

47-80 %

Fischfang, insbesondere Wildfang, deckt zwischen 47 und 80 % des Proteinbedarfs der Menschen ab.



DER WWF FORDERT DIE MITGLIED-STAATEN DER VEREINTEN NATIONEN AUF:

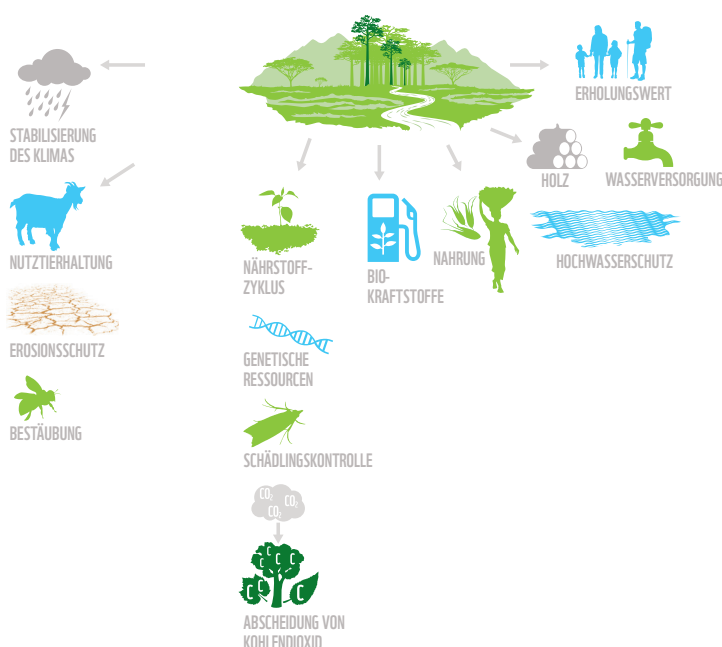
- in den Verhandlungen über eine weltweit gültige Post-2015-Agenda für nachhaltige Entwicklung klare Ziele zu definieren, um extreme Armut zu beseitigen, eine nachhaltige Entwicklung zu ermöglichen und unseren Planeten zu schützen;
- eine ehrgeizige, weltweit gültige Agenda aufzustellen, für die alle Länder Verantwortung übernehmen;
- in der Post-2015-Agenda die von der Offenen Arbeitsgruppe der UN erarbeiteten 17 SDGs und die dazugehörigen Zielvorgaben im Kern zu erhalten;
- sicherzustellen, dass Umweltschutz in allen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Entscheidungsprozessen eingebunden wird und dass alle Akteure dafür verantwortlich zeichnen;
- auf der Konferenz zur Entwicklungsfinanzierung der Notwendigkeit einer nachhaltigen Entwicklungsfinanzierung Rechnung zu tragen, die den Umweltschutz in den Mittelpunkt stellt, um Armut zu beseitigen und Wohlstand, Würde und Gleichheit für alle zu erreichen.

Ökosysteme ermöglichen ein würdiges Leben

Umweltveränderungen betreffen uns alle, besonders die Ärmsten, die am stärksten von Nahrungs- und Wasserknappheit und den Folgen des Klimawandels bedroht sind.

Das menschliche Wohl ist abhängig von natürlichen Ressourcen (sauberes Wasser, Ackerflächen, ausreichende Fisch- und Holzbestände), Ökosystemleistungen (Bestäubung, Nährstoffkreisläufe und Erosionsschutz) und der Widerstandskraft der Natur gegen den Klimawandel.


Wenn Ökosysteme ins Zentrum der Entwicklungsplanung rücken und fair und verantwortlich mit natürlichen Ressourcen umgegangen wird, bringt dies wirtschaftliche und soziale Vorteile und bietet allen Menschen Ernährungs-, Wasser- und Energiesicherheit.



Wir haben nur eine Erde. Staaten, lokale Gemeinschaften, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Privatpersonen müssen gemeinsam die Natur schützen, umsichtiger produzieren und konsumieren, Finanzströme in nachhaltige Aktivitäten lenken und für eine gerechte Ressourcenverwaltung sorgen. Die Post-2015-Agenda für eine nachhaltige Entwicklung soll uns helfen, auf allen Ebenen bessere Entscheidungen für eine gesunde Umwelt zu treffen, in der Gesundheit, menschenwürdige Arbeit, sinnvolles Leben und Wohlstand für alle möglich sind.

Weitere Informationen unter wwf.de/Positionspapier-Post2015Agenda

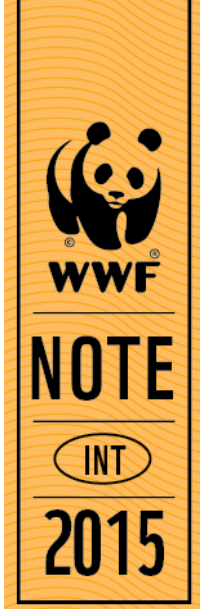




Unser Ziel
Wir wollen die weltweite Zerstörung der Natur und Umwelt stoppen und eine Zukunft gestalten, in der Mensch und Natur in Einklang miteinander leben.

[wwf.de | info@wwf.de](mailto:info@wwf.de)

Grafiken: WWF. 2014. *Living Planet Report 2014: species and spaces, people and places*. [McLellan, R., Iyengar, L., Jeffries, B. and N. Oerlemans (Eds)]. WWF, Gland, Switzerland.



POST-2015 DECLARATION WWF PROPOSED ELEMENTS

Global and Regional Policy, 12 February 2015

Deutscher Bundestag
Parlamentarischer Beirat
f. nachhaltige Entwicklung
Ausschussdrucksache
18(23)43-3-C

WWF calls for an ambitious and visionary Declaration to set the tone for the next fifteen years of global sustainable development. WWF welcomes the Co-Facilitators "Elements paper" for the Declaration. Building on previous Declarations, WWF proposes the following fundamental commitments be included as essential parts of the post-2015 Declaration that Member States will adopt in September 2015.

Poverty eradication and sustainable development at the centre of the agenda

Poverty eradication is only achievable if sustainable development is at the core of the post-2015 agenda. In this regard WWF calls for the Declaration to state that the post-2015 agenda will **"reinforce the international community's commitment to poverty eradication and sustainable development"** and recognise **"the intrinsic interlinkage between poverty eradication and the promotion of sustainable development."** (A/68/L.4, *Outcome Document of the special event to follow up efforts made towards the Millennium Development Goals*, para 19, 1 October 2013).

Integration

The **integration of the three dimensions of sustainable development is essential** if all countries are to achieve prosperity, lasting poverty eradication and a healthy environment. The Declaration should call for the implementation of policies and actions that act on this interdependence. Member States should commit to **"promote the balanced integration of the three dimensions of sustainable development"** (*The Future We Want*, para 76, 19 June 2012) and recognize **"their interlinkages, so as to achieve sustainable development in all its dimensions."** (*The Future We Want*, para 3, 19 June 2012). In particular, Member States should highlight environmental protection as **"an integral part of the development process"** as it **"cannot be considered in isolation from it."** (*The Rio Declaration on Environment and Development*, principle 4, 1992). The Declaration should also recognize the **principle of policy coherence** to ensure that achieving targets in one area does not undermine success in another.

Ecosystems support all life

A healthy environment and its equitable governance enable sustainable economic development and poverty eradication. The post-2015 Declaration should call for a holistic approach **"which will guide humanity to live in harmony with nature and lead to efforts to restore the health and integrity of the Earth's ecosystem."** (*The Future We Want*, para 40, 19 June 2012). It should also call for **development planning** to fully account for the benefits of ecosystems and the costs of their loss by reaffirming the commitment to promote **"integrated and sustainable management of natural resources and ecosystems that supports inter alia economic, social and human development while facilitating ecosystem conservation, regeneration and restoration and resilience in the face of new and emerging challenges."** (*The Future We Want*, para 4, 19 June 2012). Member States should reaffirm their commitment to **"co-operate to promote a supportive and open international economic system that would**

lead to economic growth and sustainable development in all countries, to better address the problems of environmental degradation.” (*The Rio Declaration on Environment and Development*, principle 12, 1992).

The Declaration should emphasize the need for ambitious action on **climate change**, underscoring that **“the global nature of climate change calls for the widest possible cooperation by all countries and their participation in an effective and appropriate international response, with a view to accelerating the reduction of global greenhouse gas emissions;”** and **“holding the increase in global average temperature below 2°C, or 1.5°C above pre-industrial levels”**, and that **“the United Nations Framework Convention on Climate Change provides that parties should protect the climate system for the benefit of present and future generations of humankind on the basis of equity and in accordance with their common but differentiated responsibilities and respective capabilities.”** (*Open Working Group Proposal for Sustainable Development Goals*, para 8, 19 July 2014).

Beyond GDP, decoupling economic growth from environment degradation

Sustainable economic development should be understood as a means to eradicate poverty, create well-being for all, and benefit future generations while safeguarding ecosystem services and ecological systems. Metrics that go beyond gross domestic product (GDP) and acknowledge the value of natural resources and social wellbeing are needed to measure human progress. WWF urges Member States to commit to absolute decoupling of **economic growth from environmental degradation** (*Open Working Group proposal for Sustainable Development Goals*, target 8.4, 19 July 2014) and for measures of **development beyond GDP** (*Resilient People Resilient Planet: A Future Worth Choosing*, para 17, 30 January 2012).

Universality and Equality

We agree that the post-2015 sustainable development agenda should be **universal** in nature, with all countries committing to working at national level and collectively to achieve the global goals. Taking into account national differences and capacities, national commitments must together add up to a coherent global impact. WWF calls for the Declaration to reiterate the Member States’ commitment **“to act together, united by a common determination to save our planet, promote human development and achieve universal prosperity and peace”** (A/CONF.199/20, *Johannesburg Declaration on Sustainable Development*, para 35, 4 September 2002).

Equality, equity and respect for human rights -- a basis of sustainable development and peaceful societies -- should be central principles. Inequality, including inequitable access to natural resources and related benefits, weakens development benefits and increases social and economic costs. WWF calls for Member States to reiterate that all countries have a **“collective responsibility to uphold the principles of human dignity, equality and equity at the global level.”** (A/RES/55/2, *United Nations Millennium Declaration*, para 2, 18 September 2000). Equitable access to technology and scientific knowledge is an important prerequisite for states’ ability to fulfil the post-2015 goals and targets.

Follow-up and review mechanism

A follow-up and review mechanism should be a central element of the post-2015 Declaration. WWF calls for Member States to commit to a robust, participative, inclusive and transparent framework for follow-up and review at all levels that will ensure **“appropriate accountability to Member States [...] to advance the integration of the three dimensions of sustainable development”** (United Nations, *The Future We Want*, para 78, 19 June 2012). WWF believes that monitoring, review, data collection, access to information, and transparency are all ways to ensure that citizens participate, contribute, and are accountable to the new sustainable development agenda’s success, and should be included in the Declaration.



POST-2015 INDICATORS WWF'S RECOMMENDATIONS

Global and Regional Policy, 20 March 2015

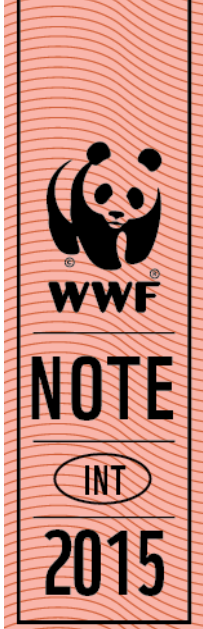
Deutscher Bundestag
Parlamentarischer Beirat
f. nachhaltige Entwicklung

Ausschussdrucksache
18(23)43-3-D

WWF welcomes the “Technical report by the Bureau of the United Nations Statistical Commission (UNSC) on the process of the development of an indicator framework for the goals and targets of the post-2015 development agenda” and appreciates the challenging task ahead to develop a robust monitoring mechanism for the Post-2015 agenda that allows progress to be assessed at global and national level. We look to the guidance of the Friends of Chair group on broader measures of progress to ensure that the Post-2015 indicator architecture matches the ambition of the Sustainable Development Goals (SDGs).

While the preliminary proposal of indicators for the Post-2015 agenda is a good starting point, significant additional work is needed. We support the drive for a limited set of indicators, however this must support, not undermine, the interdependency between Sustainable Development Goal areas. WWF offers a few preliminary suggestions:

- ▶ Increase the number of indicators that link outcomes in different goal areas, to actively drive interdisciplinary, inter-ministerial collaboration for systems-based approaches to national development planning, implementation and monitoring. For example, *Proposed Indicator 2* for Target 1.4 is important and should be reformulated to “**measure the percentage of women, men, indigenous peoples, and local communities (IPLCs) with secure rights to land, property, and natural resources**”. This reformulation more clearly recognizes the direct link between multi-dimensional poverty and access to natural resources for many vulnerable populations.
- ▶ **Enhance creative clustering across traditional sectors within the Inter-Agency and Expert Group-SDG to foster systems-based perspectives and approaches.** The Post-2015 monitoring framework must break new ground with some new and strategically placed indicators that make explicit the interlinkages between environmental, social and economic outcomes. For instance, **twenty-five of the Biodiversity Indicators Partnership (BIP) indicators measuring progress towards the global Aichi Biodiversity Targets (adopted by 194 CBD Parties), are crosscutting and could be used as indicators of progress across the SDGs framework.**
- ▶ **Balance measures of efficiency with sustainable ecological burden:** Numerous indicators are proposed to measure the efficiency of resource use (e.g. water). However, experience has shown that a focus on efficiency is not enough to ensure that resource use stays within ecologically sustainable boundaries. Indicators for the Post-2015 agenda must **strike a balance between combining efficiency with sustainable ecological burden at relevant levels** (e.g. watershed, river basin, resource stock, total pollutant load).
- ▶ **Make some space for innovation:** Recognising the significant data challenges SDG monitoring will pose, the Post-2015 agenda indicator architecture has real potential to take a long stride forward towards a new way of measuring development progress. **More investment is needed in designing indicators for measuring progress beyond GDP to include equally important measures of progress such as wellbeing and healthy ecosystems.** Indicators that incorporate natural capital accounting and biodiversity data into national strategies and assessments of national economic performances would help in this regard.



POST-2015 FOLLOW UP AND REVIEW PROCESS

WWF RECOMMENDATIONS

Hot House, 13 May 2015

Deutscher Bundestag
Parlamentarischer Beirat
f. nachhaltige Entwicklung

Ausschussdrucksache
18(23)43-3-E

WWF welcomes the discussion paper. We recommend strengthening language to provide fully inclusive, participatory and equitable mechanisms for non-state actors to provide formal input to each level of the process. A robust system also requires transparency, with data to be openly available and comparable.

We note in the model, the arrows move from the national to regional and/or to global level and that thematic reviews only feed back to the global level. A stronger system would also include feedback, responsiveness and support moving back from the global, regional and thematic levels to the national level.

Language on integration would benefit from strengthening to ensure the value of natural ecosystems is incorporated into development plans and strategies and accounting frameworks at all levels and for all stakeholders.

We propose the following elements also be included:

Principles

1. **Responsiveness and flexibility:** A system which can respond to gaps, capacity needs or slow implementation to help remove barriers and advance progress;
2. **Global follow up and review:** a global follow-up and review framework to ensure actions by individual member states add up to sufficient progress at global level;
3. **Integration:** ensure integration across the three dimensions of sustainable development and deliver and monitor equally across all levels;
4. **Transparency and reporting:** ensure relevant data, (including financial and policy commitments at all levels) is available in a transparent, open and comparable manner to allow independent and standardized monitoring and mutual support;
5. **Universality:** All countries should report against the full set of SDG goals, targets, global indicators and MOI, ownership should be at all levels of the process by all actors;
6. **Complementarity:** Ensure that other multilateral, plurilateral and national commitments do not run counter and in future revisions or reviews quickly align to the successful delivery of the SDGs. Complimentary reporting against other multi and plurilateral agreements and commitments should be explored.

Local and national accountability

- ▶ Encourage and build **stakeholder partnerships for delivery** at the local and national levels;
- ▶ Produce **National Sustainable Development Plans** for implementation and integrate the SDGs into any other national economic, social, environmental policy and planning frameworks and processes within 18-24 months and ensure that these are adequately funded;

- ▶ Establish a strong, transparent, inclusive and independent **national monitoring and review body** which establishes national targets and action plans, sets baselines, revises indicators, benchmarks against all goals and targets, and conducts **regular national reviews**;
- ▶ By 2018, produce **national progress reports** with a simple, comparable and globally harmonized format. They should use measurable targets and rigorous indicators that **embed environmental protection into national economic and social accounting measures**. Biannual reviews could reduce the reporting burden if sufficient tracking is done on progress to allow for adaptive management. The report can also show the country's contribution to delivery beyond national borders, without double counting the country's contributions;
- ▶ The reports should have **formal and visible input from non-state actors**.

Regional level

- ▶ Synthesize **national reports** and enhance and adapt **existing regional review mechanisms** to the SDGs framework and identify regional and national trends, gaps and needs;
- ▶ A **peer review process** should share best practices and challenges on implementation facilitate cross country learning, synergies, and generate policies and strategies for mutual support and joint work;
- ▶ Ensure that efforts of **regional entities, including financial institutions, and other regional agreements and processes** complement the efforts to implement the SDGs. Review, align those processes where necessary to avoid collateral difficulties which might impede progress on SDGs. **Mapping of regional processes** could be helpful, if there are regional reporting already in place;
- ▶ Ensure the participation of **non-state actors** in regional review and response processes, in particular with reference to thematic and transboundary issues;
- ▶ Identify and build **regional partnerships** where these could help accelerate delivery.

Global level

- ▶ Provide **global aggregation and reporting** with a **regular progress report**, recommendations and next steps across the full suite of countries, goals and targets;
- ▶ Allow for ad-hoc reports to be commissioned by High Level Political Forum (HLPF) or Inter-agency and Expert Group on SDGs around interlinkages/clusters in the post-2015 which may not be getting adequate visibility via indicators and multi-stakeholder reporting: (e.g. looking at the links between Goals 1, 2 and 6, 14, 15 on food security, natural resource management and poverty reduction);
- ▶ Be **participatory, multi-stakeholder and universal, giving non-state actors an active role** in the process;
- ▶ Ensure a supportive and responsive system that feeds back to regional, national and thematic levels. Provide specific forums, learning and responsiveness to identified barriers for implementation, deliver access to planning and monitoring tools, best practices and policy advice;
- ▶ Be **flexible** and **enable mid-course adjustments** and adaptive management by incorporating and drawing lessons from national and regional level reviews, identifying global trends, successes and barriers to progress;
- ▶ Ensure all UN entities report on their specific contribution to implementation from global to regional to national to thematic levels;

- ▶ Include an active review of the mobilization of the means necessary for implementation and finance commitments which is **tied to a cohesive picture of development needs** at all levels to avoid funding silos. Ensure **suitable monitoring frameworks for the post-2015 development agenda** in the follow up mechanism for the Financing for Sustainable Development Conference that keeps track of national and international financial and policy commitments versus actual spending and implementation.

Thematic Reviews

- ▶ Ensure **annual global thematic reports**, aggregating available data, together with the **Global Sustainable Development Report (GSDR)** mandated by Rio+20 to support and complement this process. Thematic reviews and response tools are an important contribution to the process and should focus on **integration** within and across goals and targets;
- ▶ Support with knowledge, lessons learned, assessments and tools, the embedding of **the real value of ecosystem services, well-being, and human capital** into national accounting systems, national and local sustainable development strategies. Thematic reviews in this sense could identify innovative or best practices in the public procurement, lending and investment treaties, and private business practice and reporting, to ensure the sustainable management of natural wealth;
- ▶ Ensure the principle of multi-stakeholder engagement is carried through in the thematic reviews, including by inviting CSOs to bring in their expertise and implementation experience.

ten Öffentliche Anhörung des Parlamentarischen Beirats für nachhaltige Entwicklung des Deutschen Bundestages (10. Juni 2015) zum Thema "Post 2015-Prozess: Nachhaltige Entwicklungsziele"

Stellungnahme von Thilo Hoppe, Entwicklungspolitischer Beauftragter von „Brot für die Welt“

Die für Ende September dieses Jahres geplante Verabschiedung einer Post-2015-Entwicklungsagenda, zu der u.a. aller Voraussicht nach 17 Zielen für eine nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDGs) gehören werden, bietet die große Chance zur Etablierung eines neuen Entwicklungsparadigmas. Von der neuen internationalen Agenda für eine nachhaltige Entwicklung und den SDGs sollte das klare Signal ausgehen, dass Armutsbekämpfung, Achtung und Durchsetzung der Menschenrechte in ihrer vollen Bandbreite und der Schutz der natürlichen Ressourcen (Klimaschutz, Schutz der Böden, der Wälder, der Meere, der biologischen Vielfalt – christlich ausgedrückt „die Bewahrung der Schöpfung“) untrennbar zusammengehören.

Nach diesem neuen, ganzheitlichen Entwicklungsverständnis sind alle Länder „Entwicklungsländer“, die gemeinsam Verantwortung für eine weltweite menschenrechtsbasierte nachhaltige Entwicklung tragen und unter Berücksichtigung ihrer jeweiligen Stärken, Schwächen und bisherigen Versäumnisse ganz unterschiedliche Transformationsprozesse einleiten müssen. Während in vielen Entwicklungsländern größere Anstrengungen zur Überwindung von extremer Armut und Hunger und zur Verbesserung der Gesundheitsversorgung, des Bildungssystems (und oft auch der Rechtsstaatlichkeit, also des Polizei- und Justizwesens) nötig sind, erfordert die neue Agenda für eine nachhaltige Entwicklung von den meisten Industrienationen vor allem eine drastisch Senkung ihres ökologischen Fußabdrucks sowie die Korrektur von Politiken, die negative Auswirkungen für die ärmeren Länder haben und ihnen eine nachhaltige Entwicklung erschweren.

Es ist inzwischen zu einer Binsenweisheit geworden, dass das so genannte westliche Entwicklungsmodell mit seinen Produktions- und Konsummustern sich nicht als Blaupause für die ganze Welt eignet – bzw. dass wenn es im Sinne einer nachholenden Entwicklung von allen Entwicklungs- und Schwellenländern imitiert werden würde, wir mehr als zwei Planeten bräuchten.

Auf dem interessanten Symposium des Parlamentarischen Beirats für nachhaltige Entwicklung am 20. Mai dieses Jahres hatte Prof. Dr. Ernst-Ulrich von Weizsäcker sehr anschaulich verdeutlicht, dass zwischen der Erkenntnis bzw. dem, was auf internationalen Kongressen und auch in den Debatten im Deutschen Bundestag in der Theorie „common sense“ ist, und der politischen und ökonomischen Praxis eine große Lücke klafft. Viele Entwicklungs- und Schwellenländer sind mit großem Einsatz auf dem Pfad einer nachholenden Entwicklung, orientieren sich am „Vorbild“ der wirtschaftlich erfolgreichen Industrienationen und überall geht Wirtschaftswachstum (in vielen aber nicht in allen Fällen auch mit Teilerfolgen in der Armutsbekämpfung verbunden) mit einem Anstieg der CO₂-Emissionen und einem stärkeren Druck auf die Ökosysteme einher.

Die Versöhnung von Ökonomie und Ökologie steht bisher nur auf dem Papier und wird in vielen Debatten beschworen. In der Realität gibt es dafür bisher so gut wie keine Anzeichen. Ein Umdenken, wie es in den bisherigen Entwürfen für eine neue universelle Entwicklungsagenda zumindest anklingt, wird sich mittel- und langfristig aber nur durchsetzen, wenn vor allem die Länder mit dem höchsten Wohlstandsniveau und Umweltverbrauch tatsächlich nachhaltigere Produktions- und Konsummuster verwirklichen und in diesem Zusammenhang nicht nur Effizienzsteigerungen anstreben sondern sich auch der Suffizienzdebatte öffnen (so unpopulär eine Orientierung an einer „Ethik des Genugs“, wie sie in mehreren Denkschriften und Studien der Evangelischen Kirche in Deutschland beschrieben wird, in unserer Konsumgesellschaft auch erscheinen mag).

Zum Vorschlag der OWG und dem bisherigen Verhandlungsstand:

Gemessen an dem, was tatsächlich nötig wäre, um weltweit eine menschenrechtsbasierte nachhaltige Entwicklung einzuleiten, ist der Vorschlag, den im Juli letzten Jahres eine von der VN-Generalversammlung eingesetzte Offene Arbeitsgruppe von Regierungsvertretern (OWG, Open Working Group on Sustainable Development Goals) zu dürftig, an einigen Stellen in sich widersprüchlich und/oder zu vage. Berücksichtigt man jedoch, was im Rahmen von solchen Verhandlungen, bei denen auch viele „Bremser“ mit am Tisch sitzen und der kleinste gemeinsame Nenner gesucht werden muss, herauskommen kann (und bei anderen Verhandlungen herauskommt), ist der OWG-Vorschlag beachtlich. Die 17 Ziele und 169 Unterziele bilden die großen globalen Herausforderungen ab. Die Agenda sollte keineswegs mehr ausgedünnt werden! Angesichts der real existierenden politischen Verhältnisse und der Policy vieler Regierungen sind die von der OWG vorgeschlagenen Ziele und Unterziele überraschend ambitioniert. Dieses Ambitionsniveau sollte auf jeden Fall gehalten werden. Es wäre wünschenswert, wenn mehrere Ziele bzw. Unterziele konkreter und zielgenauer formuliert und die noch im Entwurf enthaltenden Platzhalter (x und y) durch Zahlen ersetzt werden könnten, die ehrgeizige Zielmarken setzen.

Da der OWG-Vorschlag aber von vielen Seiten „unter Beschuss“ geraten ist und es in den Verhandlungen Bestrebungen gab und gibt, die Agenda auszudünnen und das Ambitionsniveau abzusenken, wäre es schon ein Erfolg, wenn das Dokument so bleiben würde wie es von der OWG vorgeschlagen wurde.

Positiv hervorzuheben ist u.a., dass das Ziel 2 eine vollständige Überwindung des Hungers bis 2030 fordert und in den Unterzielen die Schlüsselrolle der Kleinbauern, die Förderung einer wirklich nachhaltigen Landwirtschaft und auch der Erhalt der Saatgutvielfalt hervorgehoben wird. (Bisherige Trends – hier ist besonders die 2012 von der G8 ins Leben gerufenen „New Alliance on Food Security and Nutrition“ zu nennen – gingen in eine andere Richtung und drohen eher zu einer Monopolstellung von transnationalen Saatgutunternehmen wie Monsanto zu führen).

Sehr beachtlich ist auch, dass sich die OWG trotz des Widerstandes mehrerer Staaten auf die Aufnahme von Ziel 10 (Ungleichheit zwischen den Staaten und innerhalb der Staaten

verringern) einigen konnte und in den Unterzielen gar Maßnahmen fordert, die auf – wenn auch moderate – Umverteilung von oben nach unten zielen. Dies ist besonders bemerkenswert, da in den letzten Jahren in den meisten Staaten – auch in aufstrebenden Entwicklungs- und Schwellenländern – trotz wirtschaftlicher Erfolge die Ungleichheit größer geworden ist.

Auch wenn es recht allgemein gehalten und mit keinen konkreten und messbaren Zielmarken präzisiert worden ist, allein die Aufnahme von Ziel 12 (für nachhaltigere Konsum- und Produktionsmuster zu sorgen) ist ein Signal gegen den Trend. Sollte dieses Ziel die Verhandlung überleben und im September beschlossen werden, dann ist es ein Versprechen, an dem sich die Regierungen messen lassen müssen. Aufgabe der Parlamente und der kritischen Zivilgesellschaft wird es dann sein, immer wieder einzufordern, dass den Worten auch Taten folgen.

Schwachstellen des OWG-Berichts ist der mangelhafte Bezug zu den Menschenrechten und das sehr, sehr allgemein und vage gehaltene Ziel 16 zu den Themen Frieden und Rechtsstaatlichkeit. Wenn man allerdings bedenkt, dass dieser Bereich aus den Millenniumsentwicklungszielen (MDGs) ganz ausgeklammert war, da darüber in den Vereinten Nationen kein Konsens erzielt werden konnte, dann ist schon die bloße Nennung dieser Politikbereiche ein kleiner bescheidener Erfolg.

Das Entwicklungs- und Umweltministerium (BMZ und BMUB) hatten bei der Aushandlung des OWG-Berichts im Rahmen der Stimmrechtsgruppe Deutschland-Frankreich-Schweiz eine positive Rolle gespielt und die Zivilgesellschaft sowohl im Rahmen eines offiziellen Dialogforums als auch in bilateralen Gesprächen gut informiert. Auch Brot für die Welt hatte Gelegenheit gehabt, Ideen und Vorschläge einzubringen, die möglicherweise zur Positionierung von BMZ und BMUB beitrugen.

Auf internationaler Ebene hat der Dachverband von 147 Kirchen und kirchlichen Hilfswerken, die ACT-Alliance, der auch Brot für die Welt angehört, im Rahmen der Beteiligungsmechanismen der Vereinten Nationen Stellungnahmen in den Prozess einfließen lassen.

Nach unserem gegenwärtigen Kenntnisstand sind die Aussichten nicht schlecht, dass der von der OWG vorgeschlagene Zielkatalog im Wesentlichen bestehen bleibt und so auch Ende September auf dem Sondergipfel der Vereinten Nationen beschlossen wird. Sie sind ja auch im jetzt vorliegenden Zero Draft für die Schlusserklärung des VN-Sondergipfels enthalten.

Düsterer sind die Aussichten bezüglich des Umsetzungs- und Überprüfungsmechanismus. Salopp gesagt: Mehrere Staaten, die zähneknirschend relativ ambitionierte (oder ambitioniert klingende) Ziele akzeptieren, sperren sich gegen jede Verbindlichkeit und gegen jede Rechenschaftspflicht, was die konkrete Umsetzung betrifft. Hier stehen noch harte Verhandlungen bevor, damit das neu geschaffene HLPF (High Level Political Forum) kein zahloser Tiger bleibt und es den VN-Mitgliedsstaaten nicht erlaubt wird, sich zwar zu den

neuen nachhaltigen Entwicklungszielen zu bekennen aber kaum etwas für ihre konkrete Umsetzung zu tun.

Es ist zu befürchten, dass auf internationaler Ebene nur ein sehr schwacher Umsetzungs- und Überprüfungsmechanismus installiert und in dieser Frage der Ball eher auf die nationalen Spielfelder geschossen wird. Die Umsetzung der SDGs wird deshalb höchst wahrscheinlich von Land zu Land sehr unterschiedlich ausfallen. Überall dort, wo es starke Parlamente und eine wache, gut aufgestellte Zivilgesellschaft gibt, besteht aber die Chance, dass es auch zu ehrgeizigen SDG-Umsetzungsplänen und Überprüfungsmechanismen kommt.

Zur Umsetzung der SDGs in und durch Deutschland:

In Deutschland ist vorgesehen, dass die Umsetzung der SDGs in die Fortschreibung der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie einfließen bzw. von ihr berücksichtigt werden soll. Dies ist ausdrücklich zu begrüßen, denn die bisherige Nachhaltigkeitsstrategie hatte die internationale Dimension bisher vernachlässigt.

Alle SDGs sollten – wenn auch in unterschiedlicher Ausführlichkeit – in der überarbeiteten nationalen Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesrepublik Deutschland abgebildet werden. In den Konsultation- und Ausarbeitungsprozess sollten alle gesellschaftlich relevanten Akteure einbezogen werden. Gründlichkeit vor Eile! Da die Indikatoren für die Erreichung der SDGs erst im Frühjahr 2016 von der Statistical Commission der Vereinten Nationen beschlossen werden, sollten Nachhaltigkeitsrat und Bundesregierung diese Entscheidung abwarten und die internationalen Indikatoren in die nationalen Indikatoren einfließen lassen bzw. sie berücksichtigen und mit abbilden. Die nationalen Indikatoren dürfen dabei durchaus über das hinausgehen, was auf internationaler Ebene beschlossen wird aber keinesfalls hinter Zielgenauigkeit, Konkretisierungsgrad und Ambitionsniveau der von den auf VN-Ebene beschlossenen Indikatoren zurückfallen!

Der Nachhaltigkeitsrat wird bei der Umsetzung der SDGs Schwerpunkte setzen müssen und sich deshalb wahrscheinlich auf die Ziele konzentrieren, die sowohl eine Entwicklungs- als auch eine Umweltdimension haben und für Deutschland bzw. das Engagement der Bundesregierung besonders relevant sind. Dies ist auch gut so, darf aber nicht dazu führen, dass bei der Umsetzung der SDGs in Deutschland und durch Deutschland einzelne Ziele und Unterziele „durch den Rost fallen“ und vernachlässigt werden.

Deshalb sollte die Bundesregierung unter Beteiligung aller Ressorts und unter Federführung des Kanzleramtes zusätzlich zur nationalen Nachhaltigkeitsstrategie (aber zu ihr kompatibel) in regelmäßigen Abständen (möglichst jährlich, mindestens jedoch alle zwei Jahre) darlegen, was sie zur Umsetzung ALLER Ziele und Unterziele zu tun gedenkt bzw. getan hat. Dazu sollte auch die Korrektur von Politiken bzw. Maßnahmen gehören, die die Erreichung der SDGs konterkarieren.

Ein solcher SDG-Umsetzungsplan bzw. –bericht sollte wie einst der Aktionsplan zur Umsetzung der MDGs auch dem Parlament vorgelegt werden und in den Ausschüssen, im Parlamentarischen Beirat für nachhaltige Entwicklung und im Plenum debattiert werden.

Ein solcher SDG-Report der Bundesregierung würde auch dem Nachhaltigkeitsrat und dem Parlamentarischen Beirat für nachhaltige Entwicklung die Arbeit erleichtern und ein Dokument in die Hand geben, das Auskunft über alle SDG-relevanten Maßnahmen der Bundesregierung gibt und aus dem offenkundig werden könnte, in welchen Sektoren Deutschland besondere Fortschritte erzielt hat und international eine Vorbildfunktion einnehmen kann, und in welchen Sektoren und Politikbereichen noch Zielkonflikte bearbeitet und gelöst und die Anstrengungen erheblich verstärkt werden müssten.

Die Zivilgesellschaft könnte die Diskussion mit Schattenberichten bereichern und ihrerseits Vorschläge zur besseren und schnelleren Erreichung der SDGs einbringen.

Zur Rolle des Parlamentarischen Beirats für nachhaltige Entwicklung:

Es ist sehr zu begrüßen, dass sich der Parlamentarische Beirat intensiv dem SDG-Prozess annimmt, Symposien und Öffentliche Anhörungen durchführt und dazu auch die Kooperation mit den Bundestagsausschüssen sucht.

In der letzten Legislaturperiode bestand manchmal die Tendenz, dass Themen der nachhaltigen Entwicklung in den Parlamentarischen Beirat „wegdelegiert“ und von den Bundestagsausschüssen vernachlässigt wurden.

Wünschenswert wäre es, wenn der Parlamentarische Beirat den neuen Trend beibehalten und ausweiten würde: als „Sauerteig“ oder „Treiber“ im Parlament, der dafür sorgt, dass sich die Bundestagsausschüsse der neuen Agenda für eine nachhaltige Entwicklung annehmen und besonders intensiv die Themen aufgreifen, in denen es zu politischer Inkohärenz und Zielkonflikten kommt. Gemeinsame Anhörungen des Parlamentarischen Beirats mit dem Agrarausschuss (zum Beispiel zu Futtermittelimporten aus Entwicklungsländern und/oder der Verringerung der Treibhausgasemissionen und der Grundwasserbelastung) oder mit dem Ausschuss für Wirtschaft und Energie (zu SDG 12 – nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster – oder den Klimaschutzziele) würden die Rolle des Parlamentarischen Beirats aufwerten und (hoffentlich) den SDG-Umsetzungsprozess vorantreiben (oder zumindest die Zielkonflikte aufdecken und Veränderungen anmahnen).

Der Parlamentarische Beirat für nachhaltige Entwicklung sollte verstetigt und mit mehr Möglichkeiten und Rechten ausgestattet werden. Eine Umwandlung in einen offiziellen Ausschuss könnte dagegen kontraproduktiv wirken und dem Beirat die Möglichkeit nehmen, andere Ausschüsse zusammenzubringen, anzutreiben und sich für mehr Politikkohärenz einzusetzen.

Zum Entwurf der Berichterstatter(innen) für einen Beschluss des Parlamentarischen Beirats für nachhaltige Entwicklung zu den SDGs:

Ich werde auf den Entwurf der Berichterstatter (ebenso wie auf den Zero Draft für die Abschlusserklärung des VN-Sondergipfels) in meiner mündlichen Stellungnahme noch näher eingehen.

Schon jetzt zum Entwurf der Berichterstatter nur so viel: Er ist sehr begrüßenswert, weist in die richtige Richtung und benennt auch die noch zu bearbeitenden Zielkonflikte, die bisher zu politischer Inkohärenz geführt haben (Kohleverstromung, nicht nachhaltige Praktiken in der Landwirtschaft etc.).

Er betont auch die Notwendigkeit, auf nationaler und europäischer Ebene schnellstens einen Plan auszuarbeiten, zu beschließen und umzusetzen, mit dem das Ziel, mindestens 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe bereitzustellen, bis spätestens 2020 erreicht wird.

Leider ist auf der letzten Sitzung der Außen- und Entwicklungsminister der EU dieses Zieldatum nicht festgeschrieben sondern die Erreichung der 0,7-Prozent-Marke recht vage und verbindlich auf das Jahr 2030 hinausgeschoben worden. Wenn man bedenkt, dass die EU sich 2005 in ihrem ODA-Stufenplan bereits dazu verpflichtet hatte, 2015 das 0,7-Prozent-Ziel zu erreichen, dann ist der jüngste Beschluss der EU-Außen- und Entwicklungsminister äußerst unbefriedigend, ja peinlich und wird die Verhandlungen auf den bevorstehenden Konferenzen in Addis Abeba, New York und Paris erschweren.

Der enttäuschende EU-Beschluss braucht die Bundesregierung aber nicht davon abzuhalten, ihrerseits einen Plan vorzulegen, der die verbindliche Erreichung des 0,7-Prozent-Ziels bis 2020 vorsieht. Da nach dem jüngsten Eckwertebeschluss des Bundeskabinetts die deutschen ODA-Mittel ja im nächsten Jahr erfreulicherweise um 1,28 Milliarden Euro erhöht werden, wäre es nur folgerichtig und auch realistisch, einen entsprechenden ODA-Aufholplan vorzulegen mit dem Deutschland das 0,7-Prozent-Ziel 2020 tatsächlich erreicht.

Der Entwurf für einen Beschluss des Parlamentarischen Beirats für nachhaltige Entwicklung sollte an dieser Stelle aktualisiert und auf die mittelfristige Finanzplanung der Bundesregierung ausgerichtet werden.